

03 | 2016

- Effekthascherei im Nahverkehr, Ausbaupläne der SSB 04
- Im Interview: der neue Bürgermeister für Soziales und Integration 08
- Stadt am Fluss, Perlen am Neckar 09
 - Divest now – Die neuen Anlagerichtlinien der Stadt 11
- Ganztageschule und Kitaplätze 12
- Grüne Fassaden: Vorbild Berlin 15
- Quo vadis, Eiermanncampus? 16
- Wie geht es weiter mit der Kultur? 19
 - Neuntöter, Feuerfalter, Gelbkopfamazonen 21
- Aus den Bezirken: Bankrettung – Feuerseeufer – WasenSportSommer – ... 24

MOBILITÄT

Neue Kultur der Mobilität

■ **MOBILITÄTSKULTUR ÄNDERT SICH RASEND SCHNELL!** | Im Netz kursiert seit einiger Zeit unter dem Stichwort „Clean Disruption“ die Gegenüberstellung zweier historischer Fotos: Das erste, im Jahr 1900 aufgenommen, zeigt so etwas wie einen Pferdekutschenstau auf der Fifth Avenue im Zentrum von New York City. Und mittendrin, kaum zu finden, ein Automobil. Dem wird ein 13 Jahre später aufgenommenes Foto gegenübergestellt, wieder die Fifth Avenue. Dieses Mal so etwas wie ein früherer Automobilstau. Und versteckt, kaum zu finden, eine letzte Pferdekutsche. Zwischen beiden Fotos liegen gerade einmal 13 Jahre – der Siegeszug des Automobils hat sich mit rasender Geschwindigkeit vollzogen. 13 Jahre von heute aus weitergerechnet, bringt uns ungefähr ins Jahr 2030, das Jahr, für das der Länderrat empfiehlt, keine

Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen. „Disruption“ heißt Unterbrechung, und diesmal soll sie „clean“, sauber sein. Während wir mehr oder weniger die Mobilität fortgeführt haben, die auch schon die vorige Generation pflegte, spricht nicht wenig dafür, dass die heute Geborenen eine völlig andere Mobilitätskultur vorfinden werden, wenn sie ihren Führerschein machen.

TRAFFIC DISRUPTION HEISST STAU, UND AUCH DER SOLL BALD PASSÉ SEIN. | Wie rasant der Übergang zu einer anderen Mobilitätskultur möglicherweise vonstatten gehen wird, darauf verweisen bereits zahlreiche heutige Entwicklungen. Zunächst einmal stößt der mit Verbrennungsmotor angetriebene Individualverkehr, der seit etwa 60, 70 Jahren dominiert, zunehmend und in mehr-

Elektro-Transporter auf dem Stuttgarter Marktplatz



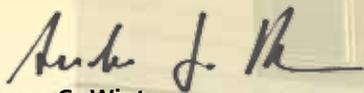
EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ der Sommer ist vorbei und die bunten Blätter fallen, bald prägen Weihnachtsmarkt und Lichterschmuck das Bild der Stadt, bevor das Jahr 2017 beginnt. Ein Jahr, in dem sich auch zeigen wird, ob wir Fahrverbote in der Stadt vermeiden und die Luftschadstoffe in Grenzen halten können. Uns ist bewusst, dass es vieler Schritte und Maßnahmen bedarf und dass der Erfolg vor allem davon abhängt, wie viele Menschen in Stuttgart sich innerhalb ihrer Möglichkeiten beteiligen. Deshalb appellieren wir auch an Sie: **MACHEN SIE MIT UND STEIGEN SIE UM**, bei Feinstaubalarm und am besten auch an allen anderen Tagen im Jahr. Der Umwelt und der Gesundheit wegen und damit wir gemeinsam erreichen, dass in Zukunft die Grenzwerte eingehalten werden.

Mit der sich rasant entwickelnden Mobilitätskultur befassen wir uns denn auch in dieser STADTBLATT-Ausgabe – aber längst nicht nur.

FEIERN SIE MIT UNS die neuen Anlage-richtlinien der Stadt, die mit großer Mehrheit im Rat beschlossen worden sind (wer hätte das noch vor Kurzem gedacht!). Feiern Sie mit uns die Kulturhauptstadt Stuttgart und das Opernhaus des Jahres – und lesen Sie, dass es trotzdem einer klugen, vorausschauenden Kulturpolitik bedarf. Entdecken Sie das neue Feuerseeufer im Westen, erfahren Sie Neues über den WasenSportSommer und die Perlen am Neckar und vieles andere mehr. Eine gute Lesezeit wünscht



Andreas G. Winter

facher Weise besonders in großen Städten an seine Grenzen. Schuld daran sind:

- Die Menge an Fahrzeugen. Nicht nur in Stuttgart erfahren die Städter*innen den enorm gestiegenen Autoverkehr zunehmend als große Belastung und Einschränkung ihrer Lebensqualität. Jahrzehntelang wurde in die autogerechte Stadt investiert. Verkehrsbeziehungen führen aus allen Richtungen mitten in und mitten durch unsere Stadt. Folge: Die Innenstadt ist extrem belastet.

- Der Verkehrslärm. Nach wie vor die am meisten unterschätzte Umweltgefahr, deren gesundheitliche Risiken immer deutlicher hervortreten.

- Die Emissionen. Die klimaschädlichen Gase und Stäube nehmen zu. Seit elf Jahren ist die Stadt nicht in der Lage, die Grenzwerte für Feinstaub einzuhalten. Und zunehmend zeichnet sich ab, dass die Stickoxide noch größere Probleme bereiten werden. Im Jahr 2014 hatten wir in Stuttgart auf einer Strecke von 100 Kilometern Probleme mit der NO₂-Belastung – beim Feinstaub „nur“ auf acht Kilometern.

Mehrere Klagen sind deswegen gegen die Stadt anhängig. Ein Vergleich wurde bereits geschlossen: Werden die Grenzwerte für Feinstaub auch 2017 nicht eingehalten, muss ab 2018 die Verkehrsmenge am Neckartor um 20 Prozent reduziert sein – Fahrverbote drohen. Und im Blauen Brief der EU aus dem Jahr 2014 werden schmerzhaft sechsstellige Geldstrafen angekündigt für jeden Tag über den zulässigen 35 Tagen, an denen die Grenzwerte überschritten werden dürfen.

Vor allem „Dieselgate“ hat offenbart, vor welchen Herausforderungen die Automobilindustrie steht, die Emissionsmenge so sehr zu reduzieren, dass die gesundheitlichen Belastungen nicht mehr gesundheitsgefährdend sind.

INNOVATIVE TECHNOLOGIEN, MEHR TEILEN UND VIELE HILFEN, DAS MOBILSEIN ZU ORGANISIEREN | Auf der anderen Seite treiben technologische Innovationen den Wandel. Motiviert durch Energiewende und Klimaschutz ebenso wie durch die Suche nach neuen Geschäftsmodellen kommen vor allem aus dem Silicon Valley starke Impulse. Tesla treibt die Entwicklung der E-Mobilität weltweit an, und das nicht erst mit der Ankündigung seines „Model 3“, das in zwei Jahren für 35.000 Dollar zu haben sein soll – aus

dem Stand 400.000 Vorbestellungen! Autobauer aus China, Japan, USA und Frankreich folgen und haben einen deutlichen Vorsprung vor den deutschen Autobauern. In Norwegen fährt bereits heute nahezu jedes vierte Fahrzeug elektrisch.

Google pusht das autonome Fahren, vielerorts werden jetzt Testgelände und Pilotstrecken eingerichtet. Und Uber steht für das Sharen von Fahrzeugen und für die Organisation von Verkehrsleistungen durch die digitale Brille. Wissenschaftler*innen berichten schon von dem Phänomen, dass das konkrete Leihfahrzeug, der Reiz eines großen BMW zum Beispiel, an Bedeutung verliert, dafür aber der Möglichkeitsraum, der durch Mobilitäts-Apps erschlossen wird, eine enorme Faszination ausübt: die Möglichkeit, mehr oder weniger aus dem Stand multimodal das für meinen Zweck in der konkreten Situation passende und schnellste Verkehrsmittel wählen zu können.

Dass auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt junge Leute immer weniger Wert auf das eigene Fahrzeug legen, das weisen die Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart nach: Zwischen 2005 und 2013 sank die Nutzung des Autos von 34 auf 18 Prozent und hat sich somit innerhalb von nur acht Jahren fast halbiert.

HER MIT DER NEUEN E-KLASSE! | Ziemlich offensichtlich werden wir künftig elektrisch fahren, mitunter im autonom fahrenden Fahrzeug, das nicht immer ein Auto sein muss und das uns nur noch in seltenen Fällen selbst gehört. Gut möglich, dass wir um die Jahrhundertmitte deutlich weniger Belastungen aus dem Verkehr in unserer Stadt haben. Ziemlich sicher brauchen wir weniger Parkplätze.

Schade bloß, dass uns diese Aussicht derzeit überhaupt nichts nützt. Jedes dritte Fahrzeug, das Daimler produziert, und jedes fünfte Fahrzeug, das in Deutschland verkauft wird, ist ein SUV. Trotz „Dieselgate“ haben aktuell 45 Prozent der neu zugelassenen Fahrzeuge hier einen Dieselmotor. Zugleich steigt ihre PS-Zahl, deswegen auch ihre Emissionen. Und schon wurde der erste Feinstaubalarm dieses Winters ausgerufen. Die Konsequenz daraus? | **DIE STADT WIRD SCHON HEUTE TÄTIG, UM DAS RECHT AUF SAUBERE LUFT ZU SICHERN!** |

Daher werden wir weiterhin viele kleine und große Maßnahmen weiter pflegen und neue auf den Weg bringen müssen. Die



Foto: Redaktion

■ **FEINSTAUB MACHT HÄUSER LEER?** Nach dem Vorschlag von Haus und Grund wäre das hier eine Geisterstraße. Weil die Feinstaubwerte zu hoch sind, möge die Stadt die Gebäude an der feinstaubigsten Ecke der Stadt, dem Neckartor, doch einfach kaufen, damit Ruh ist. Irgendwie basta, finden wir. Und wo soll das enden? Die Stadt hat auf acht Kilometern Strecke ein Problem mit dem Feinstaub – und auf rund 100 Kilometern ein Problem mit den Stickoxiden.

Temporeduktion auf Steigungsstrecken sind wichtig, strengere Tempolimits auf Bundesstraßen (Kappelbergtunnel!) und auf den Autobahnen um Stuttgart würden sowohl zur Lärminderung als auch zur Verringerung der Luftbelastung einen Beitrag leisten. Außerdem: Die Parkraumbewirtschaftung weiter schnell in der Innenstadt und in Bad Cannstatt umsetzen. Die Dieselfahrzeuge der Stadt ausmustern und auf Elektroantriebe gehen, möglichst auch bei den Bussen der SSB. Und:

ÖPNV-AUSBAU, E-TAXIS UND -CITY-LOGISTIK | Grundlegend erforderlich ist der Ausbau der öffentlichen Verkehrsangebote. Der ÖPNV in Stuttgart weist die höchsten Steigerungsraten in Deutschland auf. Das ist schon mal was! Mehr über das engagierte Programm der SSB auf Seite 5. Der VVS strebt für die S-Bahnen einen durchgängigen 15-Minuten-Takt an. Geprüft wird, welche Kapazitätserweiterungen möglich sind und wie die Panoramabahn eingebunden werden kann. Weitere Regionalhalte in Feuerbach und Bad Cannstatt werden diskutiert.

Den Taxifahrern werden attraktive Angebote für einen Umstieg auf Elektrofahrzeuge gemacht. Mit den City-Logistikern werden Varianten besprochen, wie die Belieferung in der City emissionsfrei erfolgen kann. Es müssen ja nicht gerade Drohnen sein oder kleine Roboter, die sich selbstständig auf den Weg durch die Stadt machen, um ihre Pakete auszuliefern. Ein guter Anfang ist

schon mal, die Transporter elektrisch fahren zu lassen. Wie es die Post vormacht (siehe Seite 6), die man für ihren unternehmerischen Mut nur beglückwünschen kann, ihre E-Transporter eben selbst zu produzieren, wenn sich kein Hersteller – auch nicht der große hiesige – für Elektromobile begeistern lässt.

BLAUE PLAKETTE, GRÜNER MODAL-SPLIT UND AUFS RAD SETZEN! | Eine Maßnahme, die große Effekte verspricht, ist die Blaue Plakette, die aber derzeit von Bundesverkehrsminister und Autolobbyist Dobrindt blockiert wird. Wir hoffen mit unserer Landesregierung, dass die Länder dieses Hindernis überwinden können und die Plakette doch kommt.

Doch ohne die Autoindustrie wird es nichts werden. Wir hoffen und erwarten, dass sich auch die Stuttgarter Automobilhersteller schnell emissionsfreien Antrieben zuwenden. Nur eine emissionsfreie und nachhaltige Mobilität hat Zukunft. Leider sind „unsere“ Hersteller hier nicht vorne dabei. Während das Interesse der Menschen wie auch der Medien auf die Entwicklung der E-Mobilität gerichtet ist, steckt Daimler mehrere Milliarden Euro in die Optimierung des Diesels und eine halbe Milliarde Euro in die Entwicklung eines schweren Pickups. Wenn das mal nicht in die Sackgasse führt! Ohne Verkehrsverlagerung, ohne Änderung des Modal Splits – weniger fossiler Individualverkehr, mehr öffentlicher Verkehr – und ohne Verkehrsvermeidung wird es nicht

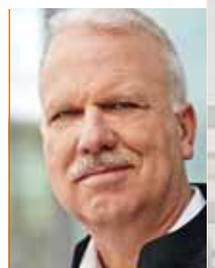
gehen. Das Jobticket bietet hier einen Anreiz zum Umstieg. Großer Erfolg, dass sowohl Porsche als auch Daimler dieses Ticket ihren Beschäftigten anbieten.

Das Fahrradfahren in der Stadt muss noch attraktiver werden. Schön, dass wir jetzt mit der Tübinger Straße die zweite Fahrradstraße haben, aber: In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Radfahrer*innen verdoppelt! Und fast jede*r Zweite davon nutzt das Rad für die Fahrt zur Arbeit! Das Pedelec beflügelt diese Entwicklung noch. Alltagsradler brauchen andere Möglichkeiten als Freizeitradler. Kopenhagen zeigt mit dem Netz an Radschnellwegen, was möglich ist.

ALS ULTIMA RATIO: FAHRVERBOT | In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob sich Fahrverbote vermeiden lassen. Nur wenn sich die motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen verantwortungsvoll verhalten und vor allem an Tagen mit drohendem Feinstaubalarm den Pkw stehen lassen, lassen sich die Grenzwerte einhalten. Nur dann kommen wir um verkehrsbeschränkende Maßnahmen ab 2018 herum. Es braucht viele Schritte und gute Ideen (also keine à la Haus und Grund, siehe oben), viele gute Vorschläge. Hier sind auch Sie gefragt, teilen Sie uns Ihre mit! |

HANDELN WIR VERANTWORTUNGSVOLL.

Andreas G. Winter



Effekthascherei gefährdet den Nahverkehr!

Nahverkehrsplan: Warum die rechtssichere Direktvergabe an die SSB Priorität hat und weshalb allzu viele Verbesserungswünsche, jetzt vorgebracht, schaden.

■ Seit Monaten ist bekannt, dass die Fortschreibung des Stuttgarter Nahverkehrsplans in diesem Jahr unter besonderen Vorzeichen steht. Bereits Anfang 2015 hatte der Gemeinderat als Ziel beschlossen, die nach EU-Recht im Jahr 2019 notwendige Neuvergabe der öffentlichen Personenverkehrsleistungen nicht auszuschreiben, sondern im Wege einer Direktvergabe an das städtische Tochterunternehmen Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) zu vergeben. Dazu müssen bereits 2016 in einer sogenannten Vorab-Bekanntmachung die Standards definiert werden, die die Stadt Stuttgart als Aufgabenträgerin erfüllt wissen will.

LANGE WUNSCHLISTE BEDEUTET: VERLUST DER RECHTSSICHERHEIT

Diese Bekanntmachung setzt auf den Inhalten des Nahverkehrsplans auf, der dementsprechend sehr exakt das geforderte Verkehrsangebot und die Leistungsvorgaben zur Qualität und Quantität des ÖPNV beschreiben muss. Unterbreitet ein privater Anbieter innerhalb von drei Monaten nach der Vorab-Bekanntmachung ein eigenwirtschaftliches Angebot für dieses Verkehrsangebot, so ist dieses Angebot des privaten Anbieters zwingend der Direktvergabe vorzuziehen. Damit kommt der aktuellen Fortschreibung des Nahverkehrsplans eine besondere Bedeutung und eine hohe Verbindlichkeit zu. Er muss sich auf eine möglichst präzise und umfassende Beschreibung des aktuellen Angebots konzentrieren und sollte darüber hinaus nur solche Verbesserungen enthalten, die bereits heute durch rechtsverbindliche Beschlüsse politisch und finanziell gesichert sind.

Verbesserungswünsche, längerfristig geplante Vorhaben und Absichtserklärungen, wie sie der Nahverkehrsplan in früheren Jahren enthalten hatte, würden eine spätere Direktvergabe rechtlich angreifbar machen. Private Dritte könnten erfolgreich gegen die Direktvergabe klagen, da in der Vorab-Bekanntmachung wie auch im Nahverkehrsplan, der dieser Bekanntmachung zugrunde liegt, ein in Teilen fiktives Verkehrsangebot beschrieben und damit die

Hürde für eigenwirtschaftliche Angebote künstlich erhöht wurde.

UNÜBERLEGT UND VERANTWORTUNGSLOS

Natürlich kann ein solcher Nahverkehrsplan kein großer Wurf sein und selbstverständlich wird er den Zielen, die gerade wir Grünen mit dem ÖPNV erreichen wollen, in dieser Form nicht gerecht. Das ist aber aus oben genannten Gründen auch nicht seine Funktion. Vielmehr hat für uns das Ziel der rechtssicheren Direktvergabe an die SSB absolute Priorität. Das müsste auch für alle anderen Fraktionen gelten – schließlich wurde der Beschluss zu diesem Ziel seinerzeit einstimmig gefasst.

Allerdings bewahrheitet sich auch in der Politik manchmal die Redensart „Gelegenheit macht Diebe“. Im Windschatten der sich abzeichnenden breiten Mehrheit für einen auf die Erfordernisse einer rechtssicheren Direktvergabe zugeschnittenen Nahverkehrsplan versuchten die Fraktionen von SPD und SÖS-Linke-Plus, sich mit seitenlangen Anträgen voller Verbesserungswünsche als Vorreiter einer ambitionierten ÖPNV-Politik hinzustellen; wohl wissend, dass die Umsetzung dieser Wünsche weder politisch noch finanziell gesichert ist. Handelte es sich bei diesem Vorgehen der beiden Fraktionen nicht um einen recht vordergründigen und billigen Versuch, sich auf Kosten der anderen Fraktionen, des Oberbürgermeisters und der SSB zu profilieren, man müsste ihnen eigentlich unterstellen, sie wollten die Direktvergabe torpedieren und die Verkehrsleistungen lieber an einen privaten Wettbewerber vergeben – mit verheerenden Folgen nicht nur für die SSB, sondern natürlich auch für den ÖPNV in Stuttgart und weit darüber hinaus.

Wir Grünen lehnen eine solche Politik, die sich für den kurzfristigen politischen Effekt aus der Verantwortung stiehlt und erhebliche Risiken in Kauf nimmt, ab und stehen zu unserer Verantwortung für einen starken ÖPNV aus kommunaler Hand. Aus diesem Grund haben wir im Gemeinderat gegen die Anträge von SPD und SÖS-Linke-Plus gestimmt, selbst wenn wir mit vielen Punkten dieser Anträge inhaltlich übereinstimmen.



Foto: Smart wizard/pixelio.de

■ FALLS MOOSE FEINSTAUB BINDEN – WIEVIEL MOOS BRAUCHT'S DANN?

Können Moose Feinstäube binden? Der Versuch mit der Mooswand startet im Oktober, zunächst mit der Errichtung einer Messstation an der Cannstatter Straße (Höhe Heinrich-Baumann-Steg), die in den kommenden Monaten zunächst den Zustand ohne die Mooswand erfassen soll. Wir werden das Pilotprojekt voraussichtlich am 6. Dezember bei einer Veranstaltung vorstellen. Genauere Informationen zu Ort und Termin können in der Geschäftsstelle erfragt werden, Kontaktdaten siehe Seite 32.

ÖPNV II

Die Ausbaupläne der SSB

Konkrete Vorhaben zur Verbesserung von Bus und U-Bahn

Der richtige Ort für Verbesserungswünsche und die Formulierung politischer Ziele im Nahverkehr ist im aktuellen Fortschreibungszyklus vielmehr der sogenannte Nahverkehrsentwicklungsplan (NVEP).

KONSTRUKTIVE VORSCHLÄGE? IM NVEP SIND SIE HILFREICH! | Dieser Plan unterliegt nicht den Restriktionen der Vorab-Bekanntmachung nach EU-Recht und ist in der besonderen Situation der Direktvergabe daher die geeignete Plattform für die konzeptionelle Weiterentwicklung des ÖPNV in Stuttgart. Hier werden wir uns genauso wie alle anderen Akteure des nun anstehenden Beteiligungsprozesses mit unseren Zielen, Forderungen, Ideen und Vorschlägen einbringen.

Auch unabhängig von Planfortschreibungszyklen werden wir, wie in der Vergangenheit praktiziert, kontinuierlich auf weitere Maßnahmen zum Ausbau und zur Angebotsverbesserung im ÖPNV drängen und entsprechende Anträge stellen. Allerdings mit der Absicht, tatsächlich zu konkreten Verbesserungen zu kommen und das Angebot sinnvoll weiterzuentwickeln – Schritt für Schritt und mit finanziellen Ressourcen und Mehrheitsbeschlüssen hinterlegt. Kommunalpolitik bedeutet für uns auch im Nahverkehr,



Verantwortung zu übernehmen, politische Mehrheiten für unsere Ziele zu organisieren und dafür auch Kompromisse einzugehen.
Jochen Stopper

■ 2017 wird der Nahverkehrsentwicklungsplan beschlossen. Dann werden wir auf Basis der vielen Vorschläge aus den Bezirken entscheiden, wie die Ziele und Ausbaupläne für den ÖPNV der nächsten Jahre aussehen.

Wie es kurz-, mittel- und langfristig bei der SSB weitergehen soll, wurde inzwischen bei einer Strategiediskussion innerhalb der SSB besprochen. Der Blick nach vorne ist sinnvoll, denn mit der Fertigstellung der U 12 (Remseck–Dürrlewang, voraussichtlich August 2017), dem Ausbau der U 6 (zum Flughafen, bis 2019) und der U 5 (zur Markomannenstraße, bis Ende 2018) enden die letzten bereits beschlossenen Erweiterungen und Verbesserungen der letzten Jahre. Mit dem Beschluss des Nahverkehrsplans werden in Kürze drei weitere Projekte angepackt, die bereits finanziert sind: eine weitere Taktverdichtung der U 13, die U 19 (Neugereut–Neckarpark) und die U 16 (Fellbach–Giebel, ab 2018).

Weitere kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wären zusätzliche Taktverdichtungen bei den Buslinien, welche bislang aber noch nicht finanziert sind.

Folgende mittelfristigen Maßnahmen wären ebenfalls denkbar und könnten nach 2020 umgesetzt werden:

- Verlängerung der U 19 bis zum Daimler,
- eine neue Tangentiallinie zwischen Killesberg und Riedsee nach Plieningen,
- eine Qualitätsoffensive mit emissionsfreien Bussen im Innenstadtbereich.

Langfristig ist der Ausbau etlicher Linien angedacht, muss aber zuerst noch geprüft werden:

- Verlängerung der U 3 nach Birkach,
- Verlängerung der U 8 nach Büsnau,
- Ausbau der U 6 auf 120-Meter-Züge,
- Verlängerung der U 13 nach Hausen,
- Ausbau der U 1 auf 80-Meter-Züge,
- weitere Streckenverlängerungen in Nachbarkommunen, wie Ludwigsburg (U 14), Echterdingen (U 5), Schmiden (U 19) und Esslingen (U 7).

EIN KRAFTAKT – FÜR DIE SSB WIE AUCH FÜR DIE STADT STUTTGART

Die Umsetzung all dieser Maßnahmen bedeutet für die SSB allerdings einen Kraftakt, denn neben dem Ausbau muss sie in den nächsten Jahren die Neubeschaffung der Straßenbahnflotte meistern. Bei vier Millionen Euro je Fahrzeug und einer Neubeschaffung von über 80 Fahrzeugen ist das nicht einfach. Darüber hinaus muss mit der höheren Anzahl an Zügen bald ein neuer Stadtbahnbetriebshof gebaut werden. Und auch die Zahnradbahn muss bald saniert werden.

Um all das zu finanzieren, muss die Stadt Stuttgart noch stärker als bisher in die Finanzierung einsteigen. Bei der Forderung hiernach darf aber nicht vergessen werden, dass die Stadt mit ihrer Beteiligung am Job-



ticket, am Sozialticket und bald auch am Neubürger*innenticket bereits heute zehn Millionen Euro im Jahr mitfinanziert.
Björn Peterhoff

DHL-StreetScooter machen den Paketdienst grüner

■ Meilenstein in Sachen nachhaltige Mobilität! Ab sofort liefert DHL seine Pakete in der Landeshauptstadt mit 20 vollelektrischen Kleintransportern aus. Die innovativen E-Transporter, die einen wertvollen Beitrag zu Luftreinhaltung und Klimaschutz in Stuttgart leisten können, haben es in sich: Eine Batterieladung reicht für 80 Kilometer und gefahren werden kann mit einer Geschwindigkeit von bis zu 80 km/h. Bis zu 650 Kilogramm können in dem vier Kubikmeter großen Laderaum zugeladen werden. Das entspricht einem Volumen von rund 80 Standard-Paketen. Insgesamt soll die E-Flotte in Stuttgart täglich um die 12.000 Pakete zu den Kund*innen liefern. Mit diesen Werten sind die Fahrzeuge prädestiniert für die Auslieferung im Stuttgarter Talkessel, vor allem mit Blick auf die Feinverteilung auf der „letzten Meile“. Uwe Brinks, Leiter des Brief- und Paketgeschäfts bei der Deutschen Post, betont, dass Stuttgart auch durch seine besondere Topografie ein bestens geeignetes Einsatzgebiet für die schadstoffarme Lieferung darstellt.

SPARPOTENZIAL: 60 TONNEN CO₂ IN ZWEIEINHALB MONATEN! | Die Maßnahme wirkt: Erst seit Mitte Oktober im Einsatz, sollen die 20 Elektroflitzer bereits bis zum Jahresende rund 60 Tonnen Kohlendioxid im Vergleich zur konventionellen Zustellung einsparen. Beeindruckend ist das Engagement für nachhaltige Mobilität auch deshalb, weil die Deutsche Post hierfür nicht Innovationen der etablierten Automobilhersteller abwartete, sondern die Sache selbst in die Hand genommen hat. Die StreetScooter GmbH, die für Entwicklung und Produktion der Fahrzeuge verantwortlich ist, wurde 2010 im Umfeld der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule RWTH Aachen gegründet. Früh wurden bei der Post die Möglichkeiten wahrgenommen, die ersten Fahrzeuge in enger Zusammenarbeit zu entwickeln. Ende 2014 wurde die Firma vollständig von der Deutschen Post übernommen, und seit 2015 werden die E-Transporter in Serie produziert. Dabei sind

die Verantwortlichen so von ihrem Konzept überzeugt, dass sie die Produktionskapazitäten groß genug angelegt haben, um ab 2017 jedes Jahr bis zu 10.000 Fahrzeuge herstellen zu können.

Für den innovativen Ansatz, die Konzeption und Umsetzung der nachhaltigen Umrüstung der eigenen Fahrzeugflotte wurde der Post erst kürzlich der Eco Honor Award 2016 des DKV Euro Service verliehen.

STREETSCOOTER BALD AUCH IM STÄDTISCHEN FUHRPARK? | Auf den Meriten ausruhen will man sich nicht – es soll künftig nämlich nicht bei der Auslieferung von DHL-Paketen bleiben. Durch den modularen Aufbau und die einfache Anpassbarkeit an unterschiedliche Funktionsbedürfnisse will der Konzern andere Unternehmen von den vielfältigen Möglichkeiten des Fahrzeugs überzeugen und es an andere Abnehmer verkaufen. Oberbürgermeister Fritz Kuhn bekundete sofort Interesse, auch mit Blick auf die städtische Fahrzeugflotte: „Verkaufen Sie diese Fahrzeuge doch auch an Kommunen!“ Fahren Elektroflitzer made by StreetScooter also bald auch unter städtischer Flagge, mit S statt BN im Nummernschild?

STUTT GART TESTET ALTERNATIVE LOGISTIKKONZEPTE. | Doch zurück in die Gegenwart. Dass Stuttgart die erste Stadt außerhalb Nordrhein-Westfalens ist, in der die Post Pakete elektrisch zustellt, ist bereits ein Verdienst des OBs und seiner Verwaltung. Denn als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in Stuttgart testet die Stadt gemeinsam mit verschiedenen Logistikdienstleistern alternative Zustellkonzepte in der Stuttgarter Innenstadt – und konnte jetzt also den führenden Logistikkonzern dafür gewinnen, in Stuttgart mit der Umstellung seiner Fahrzeugflotte zu beginnen. 2017 soll die Stuttgarter Flotte konsequent aufgestockt werden. Hoffentlich nehmen sich weitere Gewerbetreibende ein Beispiel und unterstützen diesen Weg für saubere Luft und eine nachhaltige Mobilität in Stuttgart.

Florian Pitschel

Mit eigenen Elektro-Transportern wird die Deutsche Post zur Vorreiterin eines nachhaltigen Lieferdienstes. Außerhalb ihres Stammlandes Nordrhein-Westfalen ist die Stadt Stuttgart ihre erste Kooperationspartnerin. Und die hiesige Autoindustrie? Die hält sich wohl weiterhin raus.

Foto: Redaktion





Jetzt ist auch die Tübinger Straße vom Gerber bis zum Marienplatz im Stuttgarter Süden als Fahrradstraße ausgewiesen. Fotos: Redaktion

RADVERKEHR

Aufbruch zur Fahrradstadt Stuttgart

Radfahren ist Individualverkehr – aber einer, der Stuttgarts Straßenverkehr enorm entlastet. Plädoyer für ein Umlenken und für den täglichen Kurzurlaub per Pedal.

■ Fahrräder brauchen wenig Platz. Radfahrenden genügen Streifen am Straßenrand oder eine Durchfahrt am Ende einer Sackgasse. Und sie nutzen Nebenstraßen, ohne sie zu verstopfen. Sichtbares Zeichen des zunehmenden Radverkehrs sind Radstreifen an den Fahrbahnrandern. Sie schaffen Radfahrenden auf Hauptverkehrsstrecken nicht nur Raum, sie sind auch notwendig, um Menschen, die im Auto im Stau stehen, zu zeigen, dass sie ihre Pendlerstrecke vielleicht auch per Fahrrad zurücklegen könnten: Eine sichtbare Radinfrastruktur steigert den Radverkehr. Und je mehr Räder in der Innenstadt unterwegs sind, desto weniger Autos sind es, und umso besser kommen Handwerker*innen oder Lieferverkehre voran.

DIE WIDERSTÄNDE GEGEN DEN AUSBAU DER RADINFRASTRUKTUR SIND IRRATIONAL. | Oft gibt es Aufregung, wenn ein Radstreifen oder eine Fahrradstraße geschaffen werden, weil vielleicht Parkplätze wegfallen oder eine Rechtsabbiegespur für Autos. Tatsächlich gehen dem Umbau Verkehrszählungen voraus, die zeigen, dass sich die Situation für Autos, vor allem in Anbetracht des zunehmenden Radverkehrs, kaum verschlechtert.

In der neu zur Fahrradstraße umgewidmeten Tübinger Straße zwischen Marienplatz und Gerber hat sich die Aufregung auch schnell wieder gelegt. Die Straße ist ruhiger geworden, was den Anwohner*innen zugute kommt. Nachweislich besteht die Hauptkundschaft etwa des Gerbers aus Radfahrer*in und Fußgänger*innen. Es zeigt sich immer wieder, dass der lokale Handel davon profitiert, wenn sich der Autoverkehr in einer Straße verringert und mehr Radler*innen die Schaufenster passieren; sie haben schnell angehalten und das Rad abgestellt, um spontan in ein Geschäft zu gehen.

Auch deshalb muss die Radinfrastruktur in der Innenstadt gut und bequem sein. Und sie muss als freundliches Angebot an Autofahrende sichtbar sein, doch auch einmal Wege unter fünf Kilometern mit dem Rad zu wagen. Die meisten stellen fest, dass es per Rad bequemer und zeitsparender geht als mit dem Auto.

VOR ALLEM RADSCHNELLWEGE FEHLEN! | Pendler*innen, die täglich eher weite Strecken radeln, fehlen noch die Radschnellwege. Radschnellwege würden weit mehr Menschen zum Umsteigen aufs Rad bewegen als unsere derzeitigen Routen, die teils eine erhebliche Pfadfindermentalität erfordern.

Die meisten, die sich entschlossen haben, mit dem Fahrrad morgens eine Strecke zur Arbeit zu fahren und abends wieder zu-

rück, genießen die Bewegung, die auch den Kopf durchlüftet. Radfahren ist wie ein Kurzurlaub – es fordert mehr Sinne und mehr Aufmerksamkeit als das Autofahren. Man ist für zwei Mal zwanzig bis vierzig Minuten sozusagen ganz bei sich und im Hier und Jetzt. Das tut der Seele gut.

Christine Lehmann

Christine betreibt den Blog „Radfahren in Stuttgart“





INTERVIEW

„Hilfesystem schaffen, das ohne Unterschied

Hundert Tage im Amt, und das in Zeiten der „Flüchtlingskrise“. Nachgefragt bei Werner Wölfle, dem neuen Bürgermeister für Soziales und Integration.

■ *DAS STADTBLATT:* Lieber Werner, du bist seit dem 1. August Bürgermeister des neu zugeschnittenen Referats „Soziales und gesellschaftliche Integration“. Welche Möglichkeiten ergeben sich deiner Meinung nach aus dem neuen Zuschnitt?

Werner Wölfle: Zum Referatsbereich gehören das Sozialamt, das Gesundheitsamt, das Jobcenter, die Arbeitsförderung, die städtischen Alten- und Pflegeheime sowie die Referatsabteilung Integrationspolitik. Ebenso ist der städtische Behindertenbeauftragte meinem Bereich zugeordnet. Ich sehe große Chancen darin, die in dem neuen Referatszuschnitt gebündelten Kompetenzen und Zuständigkeiten eng miteinander zu verzahnen. Die Dienstleistungen meiner Ämter sollen zusammen mit den Verantwortlichen so weiterentwickelt werden, dass wir in Stuttgart ein nahtloses und stets tragfähiges Hilfesystem schaffen, zu dem ohne Unterschied *alle* Einwohner*innen Zugang haben, die es brauchen. Es soll ein Gesamtkonstrukt entstehen, das wirksam und möglichst unbürokratisch den Menschen dabei hilft, aus Armut, aus Arbeits- oder Wohnungslosigkeit, aus Isolation, Krankheit oder Sucht, aus mangelnder Teilhabe und eingeschränkter Chancenwahrnehmung herauszukommen.

Wie ist dein Eindruck nach den ersten hundert Tagen im neuen Amt?

W. W.: Ich bin beeindruckt. Bei meinen Besuchen in den Einrichtungen habe ich lauter engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getroffen, die ihre Arbeit für die Bürger

r*innen gerne machen. Und das, obwohl manche Arbeitsplätze mehr als bescheiden eingerichtet sind. Büros mit Kundenkontakt sind auch gleichzeitig Visitenkarten für die Stadt. Da besteht vor allem im Jobcenter Handlungsbedarf.

Ich habe viel zugehört, vieles angeschaut und die ersten Treffen dazu genutzt, mit den Beteiligten die künftige Arbeitsweise in der neuen Zusammenarbeit zu vereinbaren.

Welche Herausforderungen stellen sich dem neuen Sozial- und Integrationsbürgermeister?

W. W.: Natürlich ist derzeit die vorrangige Herausforderung die Versorgung und Integration unserer Flüchtlinge. Die Neubürgerinnen und -bürger sollen nach der Erstunterbringung so schnell wie möglich Deutsch lernen können und sich durch und mit Arbeit integrieren. Integration funktioniert aber nicht nur über die Arbeitsstelle, sondern auch durch Teilhabe bei Sport und Kultur. Unsere Aufgabe ist es daher auch, unsere vielen Ehrenamtlichen zu unterstützen, die oft als „Paten und Lotsen“ in die deutsche Gesellschaft eine unersetzbare Funktion ausüben.

Ein weiteres Ziel ist, generationenübergreifend zu planen und zu bauen, um unseren pflegebedürftigen Stuttgarterinnen und Stuttgartern eine möglichst vertraute Umgebung bieten zu können. Das stellt angesichts der Knappheit von Flächen eine besondere Verantwortung und Herausforderung dar. Überhaupt: Hilfe für den Einzelnen in Not ist gut und richtig, aber genauso wichtig sind gesellschaftspolitische Veränderungen, um mehr Menschen am Reichtum unserer Gesellschaft teilhaben zu lassen und die oft vererbte Armut zu verringern. Diese Hilfen stehen sowohl den alteingesessenen Stutt-

garterinnen und Stuttgartern als auch den neu Hinzugekommenen zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der zuweilen auch sehr schrillen Debatte über die Flüchtlingspolitik wird immer wieder behauptet, unsere Gesellschaft sei gespalten, der soziale Zusammenhalt werde immer brüchiger. Teilst du diese Diagnose? Oder hast du als Bürgermeister für Soziales und Integration ein anderes Bild, insbesondere mit Blick auf Stuttgart?

W. W.: Wir haben auch in Stuttgart darauf zu achten, dass wir die soziale und gesellschaftliche Integrationskraft stärken. Nach wie vor haben wir ein starkes soziales Gefälle innerhalb unserer Stadt. Der Sozialdatenatlas spricht hier eine klare Sprache. Aber Antworten gibt es auch. Sie kosten Geld, das sich aber langfristig rechnen wird. Ich hoffe dabei auf den Gemeinderat. Jeder, der sich aus welchen Gründen auch immer aus der Gemeinschaft der Stadtgesellschaft ausgeschlossen fühlt, ist einer zu viel.

Welche Fähigkeiten und Kenntnisse sind dir im neuen Amt von Nutzen?

W. W.: Die letzten fünf Jahre als Personal-, Verwaltungs- und Krankenhausbürgermeister waren für mich von unschätzbarem Wert. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch ganz herzlich bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mich in dieser Zeit beraten, begleitet und unterstützt haben.

Die Arbeit in einem Querschnittsreferat einer großen Verwaltung hat mir die gesamte Bandbreite städtischen Verwaltungshandelns in die Tiefe erschlossen. Davon kann ich jetzt als Fachbürgermeister nur profitieren. Davor habe ich jahrelang als Sozialarbeiter gearbeitet und als Politiker auf

Perlen am Neckarstrand

Der Landschaftspark Neckar, lange diskutiert und lange geplant, nimmt Gestalt an. Bürgermeister Peter Pätzold berichtet.

■ Schritt für Schritt werden die „Perlen“ entlang der Kette Neckar realisiert. Das hat der Gemeinderat auf Vorschlag des OBs in den letzten Haushaltsberatungen so beschlossen, und die Stadtverwaltung setzt die Projekte nun um. Dazu gehören:

WASSERSPIEL UND NATURERLEBNIS IN DER NECKARAUE | An der Austraße nehmen sowohl der neue Wasserspielplatz als auch der Hangpfad langsam Gestalt an. Auf dem gegenüberliegenden Neckarufer startet das Ikone-Projekt, Neuanlage einer Auenlandschaft mit Überschwemmungsflächen, frühzeitig in die Bürgerbeteiligung. Dort soll eine naturnahe Fläche entstehen, die sowohl hohen ökologischen Wert besitzt, aber auch die Gelegenheit bietet, über Stege und Aussichtspunkten vom Neckardamm aus die Flora und Fauna zu erleben. Ein Stück natürliche Flusslandschaft kommt so in die Stadt zurück.

FÜR EIN STUTTGART AM NECKAR | Im Lindenschulviertel in Untertürkheim wurden im Frühjahr die Pläne für die Gestaltung des dortigen Neckarufers vorgestellt. Bei dieser Perle stehen das Erleben des Neckars, der Freizeitwert und die Aufenthaltsqualität im Vordergrund. Mit Terrassen und einem

Steg soll der Neckar erlebbar gemacht werden. Das soll 2017 geschehen. Sowohl Gemeinderat als auch Bezirksbeirat haben die Pläne begrüßt und unterstützen sie.

Jahr für Jahr wollen wir ein Projekt entlang des Neckars umsetzen; dafür sind weitere Schritte in Bearbeitung. Das größte Projekt wird das Wasenufer mit der Wasenquerung sein. Dafür muss ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden, das derzeit in Vorbereitung ist. Mit der Möglichkeit der Querung des Wasens wird auch das Gebiet Veielbrunnen und der Neckarpark an den Neckar angebunden. Im Bereich des Campingplatzes entsteht so eine attraktive Fläche mit Zugang zum Neckar. Hier ist auch eine Anlegestelle für ein Schiff mit kultureller Nutzung o.ä. vorgesehen. Die Terrassen entlang des Neckars laden zum Verweilen ein und machen so das Neckarufer vom Campingplatz bis zur König-Karl-Brücke zu einem Ort in der Stadt, an dem man und frau sich gerne aufhält.

Weiterhin ist geplant, im Bereich zwischen Bad Cannstatt und Münster den Sporn am Hafen des Wasserschiffahrtsamtes zugänglich zu machen. Ein Café auf dem „Hechkopf“ soll hier zum Verweilen einladen. An diesem Ort wird man sich fühlen, als stünde man mitten im Neckar.

DEUTLICHE SCHRITTE IN RICHTUNG „STADT AM FLUSS“ | Die Pläne sollen bis 2021 nach und nach umgesetzt werden. Dafür sind auch die Mittel vorhanden. Aber es stehen auch nach 2021 noch Projekte an. Das Neckarknie mit der bestehenden Eisenbahnbrücke, dem Sailerwasen und der Rillingmauer auf der anderen Seite soll ebenfalls umgestaltet werden. Nicht zu vergessen die Verbindung der Wilhelma hin zum Neckar, die ebenfalls noch diskutiert wird. Zudem stehen weitere Projekte aus den Neckarvororten zur Diskussion. Die Arbeit am Projekt „Stadt am Fluss“ und den „Neckarperlen“ wird uns also nicht ausgehen.

Peter Pätzold, Bürgermeister für Städtebau und Umwelt



Naturoase Auwiesen. BM Pätzold (Mitte) erläutert das Ikone-Projekt am 7. Oktober bei der Radfahrt zum Auftakt der Bürgerbeteiligung. Foto: Stadt Stuttgart

für alle da ist“

kommunaler und Landesebene unser gesellschaftliches Zusammenleben mitgestaltet. Habe Zuhören und Entscheiden gelernt und bin als langjähriger leitender Mitarbeiter bei einem großen Sozialverband jetzt mit sehr vielen Akteuren in meinem neuen Referat vertraut.

Ebenfalls sind mir die Nöte und Sorgen vieler Menschen bekannt. Und wie notwendig die materielle und mitmenschliche Unterstützung ist. Ich kenne aus beruflicher, aber auch aus jahrzehntelanger kommunalpolitischer Erfahrung die Wege – auch die Umwege –, die wir zur Lösung von Problemen gehen müssen. Aus dem gleichen beruflichen und kommunalpolitischen Hintergrund sind mir der Umgang und die Verhandlungen der Kommune mit Sozialunternehmen, Landesbehörden, Verbänden oder Ministerien kein Novum.

Die Fragen stellte Jochen Stopper.



Hallschlag kurz nach Abschluss von Sanierungsarbeiten der SWSG. Nicht nur dort gehört die Beteiligung der Bewohner*innen (Bild unten mit Silvia Fischer) heutzutage dazu. Fotos: Redaktion

WOHNUNGSBAU

Sozial-integratives Wohnen in der Stadt kommt voran!

Das Programm „Soziale Stadt“, 1999 ins Leben gerufen, hat vielerorts viel zum Guten verändert. Der städtische Wohnungsbau und private Bauleute trugen und tragen dazu bei, das sozial-integrative Wohnen voranzubringen.

■ Es ist schon beeindruckend, wie deutlich sich in den letzten 15 Jahren durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ Wohnumfeld und Wohnsituation in ehemals kritischen Quartieren in Stuttgart verbessert haben. Allein nach Freiberg/Mühlhausen/Mönchfeld, dem Pionier-Programm, sind um die 22 Millionen Euro städtische Mittel geflossen, was rund achtmal so viele Investitionen von privater Seite ausgelöst hat! Viele Stunden lang haben Mieter*innen, die großen Wohnungsgesellschaften, die Verbände, Einrichtungen und viele im Ehrenamt bei der „Offenen Bürgerbeteiligung“ um die besten Lösungen für ihr Quartier gerungen, unterstützt und moderiert von einem lokalen Stadtteilmanagement.

HEUTE KANN MAN VOR ORT SEHEN, WAS DABEI HERAUSGEKOMMEN IST.

BEISPIEL HALLSCHLAG: | Wer den Hallschlag von früher kennt, reißt die Augen auf, wie positiv sich der Stadtteil entwickelt hat! So hat zum Beispiel die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG) dort bereits 80 Millionen Euro investiert. Durch geschickte Kombination von sanierten Bestandsbauten und Neubau flankiert von einem klugen Freiraumkonzept, bei dem alter Baumbestand erhalten blieb, sind Wohnungen mit hohem Wohnwert bei doch verträglichen Mieten geschaffen worden. Kürzlich wurde auch der Grundstein für das Mehrgenerationenhaus

dort gelegt. Mit Begegnungsstätte, Mittagstisch und Stadtteilbibliothek entsteht nun bis 2018 ein gut vernetzter Treffpunkt und eine Drehscheibe im Stadtteil. Man wohnt wieder gerne im Hallschlag, wozu auch die ÖPNV-Anbindung mit der U 12 einen wichtigen Beitrag leistet.

MODERNISIERUNGEN: BARRIEREFREI UND ALTERSGERECHT | Damit auch Ältere in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben können, ist die größtmögliche Barrierefreiheit ein wichtiges Ziel bei den Modernisierungen der SWSG; zum Beispiel durch Zufahrtsrampen zu Erdgeschoss-Hochparterrewohnungen. Das Sozialmanagement der SWSG unterstützt auch bei Badumbauten in der Wohnung und bei notwendig werdenden Umzügen innerhalb des Hauses oder des Quartiers. Und in Zuffenhausen-Rot hat die SWSG zwei selbstverwaltete ambulante Pflegewohn-gemeinschaften – „Alten-WGs“ – eingerichtet.

BAUGEMEINSCHAFTEN VOR! | Andernorts in der Stadt haben sich aber auch Privatleute zusammengeschlossen, weil sie ihre Ideen für ein gemeinschaftliches, ökologisches und sozial-integratives Wohnen verwirklichen wollen. Diese Baugemeinschaften können sich mit ihren Konzepten bei der Stadt bewerben und die Grundstücke zum Festpreis erwerben. Was so selbstverständlich klingt, war für uns ebenfalls ein langer politischer Kampf, denn



früher sollte städtischer Grund am besten schnellstmöglich en bloc an den Meistbietenden verkauft werden. Jetzt gibt es für Baugemeinschaften perspektivisch ein Realisierungspotenzial von an die 1.000 Wohneinheiten.

URBANE WOHNQUARTIERE: GRÖßERE VIELFALT, MEHR INTERAKTION, BESSERE INTEGRATION | Überhaupt werden in den großen Entwicklungsgebieten vielfältige urbane Wohnquartiere entstehen, in denen Begegnungen stattfinden und Beziehungen geknüpft werden können. Zwischen Alt und Jung, zwischen Singles und Familien und Bewohner*innen jedweder Herkunft.

Silvia Fischer

Divest now – Die neuen Anlagerichtlinien der Stadt Stuttgart sind beschlossen!

Eine große Ratsmehrheit hat zugestimmt, dass das Kapital der Landeshauptstadt zukünftig gut angelegt sein wird: in Geschäften, die weder dem Klima, der Umwelt oder der Gesundheit schaden noch Menschenrechte verletzen. Jetzt wird umgeschichtet – was und wohin, zeigt sich in einem Jahr.

■ Die Folgen einer unbegrenzten fossilen Energieerzeugung, die planetarisch gesehen zu einer rapiden Veränderung des Klimas führt, sind schädlich und nicht zukunftsfähig. Das „Zwei-Grad-Ziel“ zu erreichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies ist daher auch Aufgabe der Stadt Stuttgart, denn die Stadt legt ihr Kapital auch an den Finanzmärkten an und steht dadurch in der Verantwortung. Zusätzlich muss es der Verantwortung Stuttgarts entsprechen, dass das Kapital der Stadt nicht in Geschäftsmodellen angelegt ist, die umweltzerstörend, gesundheitsschädigend oder ausbeuterisch sind bzw. gegen die Menschenrechte verstoßen.

EIN ZEICHEN AUCH FÜR DEN GESAMTEN FINANZMARKT: UMSCHICHTEN IN RICHTUNG NACHHALTIGKEIT!

Stuttgart hat als Landeshauptstadt und als Metropole in einer der stärksten Industrieregionen Europas viel Gewicht, auch wenn das städtische Anlagevermögen im globalen Maßstab nur ein Zeichen setzen kann. Es ist jedoch wichtig, von den Akteuren auf dem Finanzmarkt – wie Banken und Fondsgesellschaften – nachhaltige Vermögensanlagen einzufordern. Nicht zuletzt werden durch Investitionsentscheidungen bzw. Umschichtungen in Anbieter mit nachhaltigem Geschäftsmodell perspektivisch die nicht nachhaltig agierenden Unternehmen im Wert herabgestuft.

Aus all diesen Gründen haben wir schon 2015 im Gemeinderat beschlossen, dass zusätzlich zu den in § 22 Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung genannten Kriterien die Stadt ihr Vermögen nachhaltig anzulegen hat.

Um den Begriff „Nachhaltigkeit“ zu konkretisieren, stellten wir zusammen mit der Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-PluS den Antrag „Divest now! Dekarbonisierung städtischer Finanzanlagen; städtische Anlagerichtlinien anpassen“.

IN ZUKUNFT – UND FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT – HAT DIE STADT KONKRETE AUSSCHLUSSKRITERIEN.

Seit dem 1. September 2016 sind jetzt Unternehmen von der Vermögensanlage ausgeschlossen,

- die in den Rohstoffabbau von Kohle, Öl und unkonventionelles Erdgas (Fracking) investieren,
- deren Geschäftsfeld (auch) die Energieerzeugung mit Kohle und Öl ist,
- die Atomenergie erzeugen,
- die Kinder- oder Zwangsarbeit zulassen,
- die Produkte herstellen, die die Menschenwürde durch verunglimpfende und erniedrigende Darstellungen von Personen verletzen,
- die Militärwaffen und/oder Militärmunition herstellen oder vertreiben (im Sinne der Anlage zum Kriegswaffenkontrollgesetz),
- die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,



Verschiedenste Wort-Bild-Zeichen hat die weltweite Divest-Reinvest-Bewegung hervorgebracht. Dieses, kreiert an der Harvard-University, finden wir besonders gelungen. Quelle: divestharvard.com

- die gesetzlich nicht vorgeschriebene Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika durchführen,
- die einen unangemessenen Umgang mit Korruptions- und Bestechungsvorfällen pflegen.

AUCH ALTE ANLAGEN KOMMEN AUF DEN PRÜFSTAND.

Für bestehende Anlagen gilt, dass sie „interessewährend“ umzuschichten sind – das heißt, ohne finanziellen Verlust für die Stadt. In einem Jahr wird darüber berichtet werden.

Schon heute aber haben die neuen nachhaltigen Anlagerichtlinien vielfältiges Interesse hervorgerufen; so bei der BW-Bank, der Baden-Württemberg-Stiftung und bei Kommunen und Zweckverbänden in Baden-Württemberg. Wir hoffen auf viele Nachahmer.

Andrea Münch



Lebensort Ganztageschule

Seit Grün-Schwarz im Land regiert, ist in Stuttgart und den hiesigen Medien viel über die Zukunft der Ganztagsgrundschule diskutiert worden. Hier unsere Position.

■ In teils sehr heftigen, auch offen über die Presse geführten Diskussionen wurde uns Grünen etwa unterstellt, dass wir die Ganztagschule rückabwickeln wollten. Dabei lauten die zentralen Themen und Fragen: Soll der Ausbau wie bisher weitergehen? Wie sieht es mit der Zufriedenheit der Kinder und der Eltern, aber auch der Lehrerschaft aus? Wo stehen wir in Bezug auf eine qualitativ hochwertige Bildung, wo bei der angestrebten Rhythmisierung? Und vor allem: Welche Formen der Betreuung sollen den Familien angeboten werden? Zuerst und wichtig: Als grüne Gemeinderatsfraktion sind wir uns einig, dass wir den bisher beschrittenen Weg der Umwandlung in Ganztagsgrundschulen fortführen wollen. Den bisherigen Weg sehen wir als Erfolg an und erhalten von den Schulen und den Elternverbänden viel Zuspruch. Auch die Eltern geben diesem Weg recht. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt auf, dass zwei Drittel der befragten Eltern mit der Förderung und dem Angebot einer Ganztageschule zufrieden sind. Zum Vergleich: Eltern, deren Kinder eine Halbtageschule besuchen, stehen ihrer Schulform nur zu 50 Prozent positiv gegenüber.

■ PLATANENALLEE ODER PLATANEN ADE?

Die aufmerksamen Beobachter*innen haben schon registriert: Immer öfter fehlt ein Baum in den Platanenreihen auf der Königstraße. Die Knubbelbäume wurden über Jahre hinweg zu Tode gestutzt – zu viel Laub stört die Geschäfte. Die Frage ist jetzt wohl, welche Bäume einkaufsmeylenverträglicher sind.

Foto: Redaktion



Ganztagschulen sind eine der besten Möglichkeiten, Chancengleichheit zu schaffen und Bildungsgerechtigkeit zu stärken. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Eltern nur mit einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen zu bewältigen. Uns erscheint richtig, unter diesen Voraussetzungen das Ganztagschulangebot mit einem hohen Qualitätsanspruch weiterhin zu fördern. Zurzeit entscheidet der jeweilige Schulträger, welche Form er wählt. Es gibt die Möglichkeit, an drei oder vier Nachmittagen Unterricht bzw. Betreuung anzubieten, der Ganztagsunterricht kann um 15 oder um 16 Uhr enden. Auch eine längere Betreuung ist möglich. Hinzu kommt die Unterscheidung zwischen einem rhythmisierten Unterricht oder einem Vormittagsunterricht mit nachmittäglichen Angeboten durch Erzieher*innen oder Sozialarbeiter*innen.

QUALIFIZIERTE ANGEBOTE UND PASSENDE RÄUME – DEN WEG DORTHIN WOLLEN WIR FORTFÜHREN!

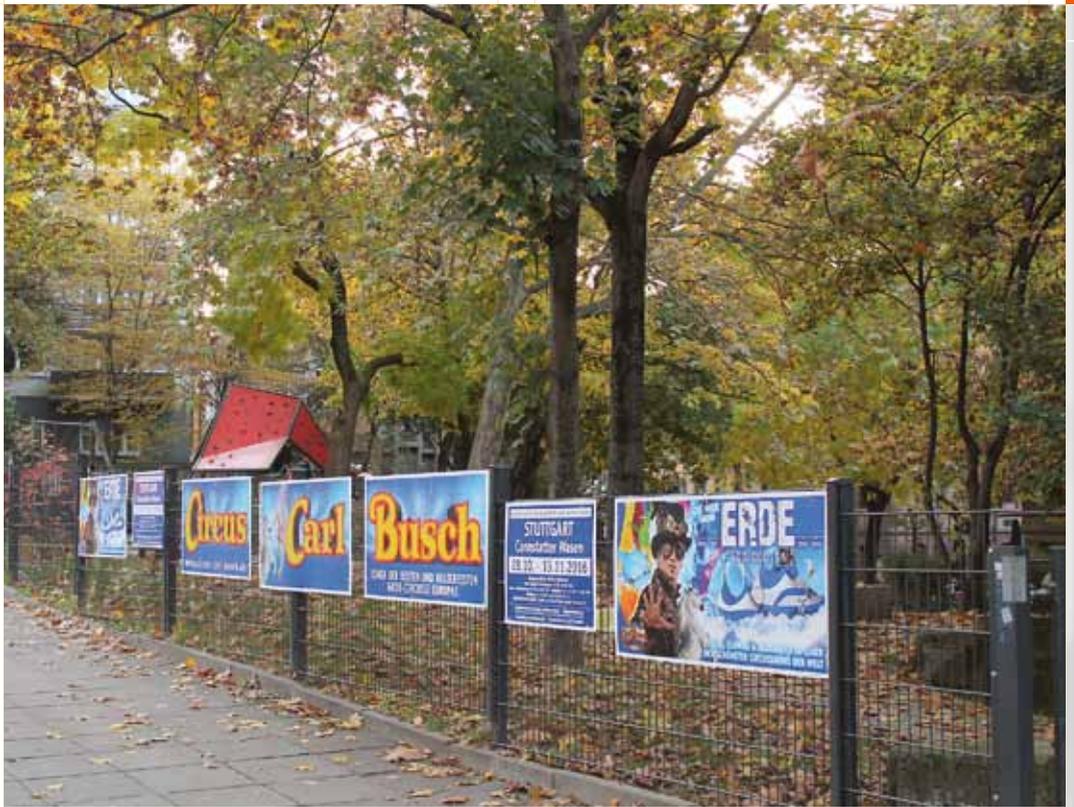
Wichtig ist aus unserer Sicht eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen der Schule und ihren außerschulischen Partnern. Qualifizierte Angebote von Sportvereinen, Kunst- und Musikschulen, Erfahrungen in und mit der Natur etc. müssen Kinder im Ganztagsunterricht erhalten und erleben dürfen. Um die Schule zu einem Stück Lebensraum werden zu lassen, bedarf es neben einem pädagogisch ausgewogenen Angebot aber auch passender Räumlichkeiten. Hier ist (leider!) noch einiges zu tun. Es wurden zwar schon große Kraftanstrengungen unternommen und viel Geld in die Sanierung von Schulen gesteckt. Trotzdem fehlt so mancher Schule noch die Sporthalle, die Mensa, größere Klassenräume, Räume zum Stillspiel oder das qualitätsvolle Mittagessen. Es gibt also noch viel zu tun – wir möchten den begonnenen Weg fortführen, verbessern und auch künftig weiter ausbauen.

Gabriele
Nuber-Schöllhammer



■ SPIELPLÄTZE: WERBE-FREIE ZONEN?

Wir sind ziemlich sicher, dass das nicht nur uns nervt: Reklametafeln an Spielplätzen, in der Höhe auch noch passend auf Augenhöhe für die Kleinen. Dass es auch ganz anders geht, hat die Stadt Grenoble bewiesen. Dort gibt es seit Anfang 2015 keine Werbung mehr auf öffentlichen Flächen. Die Vision „Eine Stadt für alle“ eines Bürgerbündnisses aus Zivilgesellschaft und bis dahin kleineren Parteien – ein Gegenentwurf zur Kommerzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Raums – war so attraktiv, dass das Bündnis die Kommunalwahl gewann.



Zu viel Zirkus und Zinnober durch Reklametafeln an Spielplatzzäunen. Foto: Redaktion

KINDERBETREUUNG

Kitaplätze in Stuttgart: Plan versus Realität

Versorgungsgrad 105 Prozent? Planerische Erfolgsmeldungen führen in die Irre, die angebotenen Plätze in Kindertagesstätten reichen nicht aus.

■ Ist das Glas nun halb voll oder halb leer? Zur Situation der Kitabetreuung in Stuttgart gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Unbestritten ist, dass die Stadt und die zuständige Verwaltung in den letzten Jahren Enormes geleistet und vieles im Bereich des Ausbaus an Kitaplätzen, insbesondere den Plätzen für die unter Dreijährigen, auf den Weg gebracht haben. Mit finanzieller Unterstützung des Landes hat der Gemeinderat die nötigen kommunalen Mittel zur Verfügung gestellt. Im Prinzip ist man in diesem Bereich von Null auf Hundert gestartet.

BEIM AUSBAUTEMPO IST STUTTGART SPITZE, ... | Das Ausbautempo sucht im bundesweiten Großstadtvergleich seinesgleichen. Mit den bis heute beschlossenen Maßnahmen erreicht man künftig einen planerischen Versorgungsgrad von etwa 55,5 Prozent. Aber Fakt ist auch, dass Stand heute 3.000 Plätze fehlen. Und auch nach Umsetzung der geplanten Maßnahmen wird der Fehlbedarf bei über 1.000 Plätzen liegen, bei der gesetzlich besonders relevanten Gruppe der Ein- bis Dreijährigen bei ca. 380 Plätzen. Bei den Drei- bis Sechsjährigen gibt es zwar heute schon eine planerische Versorgung von fast 105 Prozent,

doch stellt sich das je nach Stadtgebiet sehr unterschiedlich dar. Vor allem in Weilimdorf, Nord, Mitte, Möhringen, Stammheim und Bad Cannstatt fehlen Plätze.

... DER VERSORNGSGRAD IST HOCH. WARUM GIBT ES TROTZDEM GROSSE LÜCKEN? | Man kann mit guten Gründen die Stadt loben für den schnellen Ausbau bei den ganz Kleinen und die Schaffung einer sogar über 100-prozentigen, mit Planstellen für Erzieher*innen hinterlegten Versorgung im klassischen Kita-bereich. Andererseits kann man auf den Widerspruch zwischen Plan und Realität hinweisen: Es nützt Eltern nämlich nichts, wenn es zwar planerisch eine gute Versorgung gibt, aber aufgrund von Personal-mangel die Plätze nicht belegt werden können.

FACHKRÄFTE FEHLEN! | Der Personal-mangel wird sich nicht allein durch mehr Geld lösen lassen. Weder die von der Stadt beschlossene Zulage „Tarif Plus“ noch tarifliche Verbesserungen haben für entscheidende Entlastung gesorgt. Vielmehr müssen die Ausbildungskapazitäten in der praxis-integrierten Ausbildung dringend erhöht werden. Zudem sollte man das Thema Teil-

zeitkräfte in den Fokus nehmen und nach flexiblen Möglichkeiten der Aufstockung suchen. Auch das Thema Ressourcensteuerung muss in den Blick genommen werden; so gibt es beim Abgleich der belegten Plätze noch kein einheitliches IT-Programm. Die zuständige Bürgermeisterin Isabel Fezer hat zum Thema Fachkräftegewinnung eine Vorlage angekündigt, auf die wir sehr gespannt sind und die wir Grünen gerne zum Anlass nehmen, über Verbesserungsvorschläge konstruktiv zu diskutieren. Das Problem des Fachkräftemangels im Erzieher*innenbereich wird sich realistischerweise nicht kurzfristig beheben lassen. Umso wichtiger ist es für die Stadtverwaltung, in der Kommunikation mit Eltern nicht planerische Erfolgsmeldungen zu verkünden, sondern vielmehr sehr ehrlich auf die momentanen Schwierigkeiten hinzuweisen. Fachlich müsste es jetzt darum gehen, das bestehende Angebot zu konsolidieren und somit die Qualität der Arbeit in den Kitas zu sichern. Mit Sicherheit wird dieses Thema für uns Grüne auch in Zukunft ein Schwerpunkt der städtischen Bildungspolitik bleiben.

Vittorio Lazaridis



Dienstvereinbarung Chancengleichheit

Ein großer Schritt. Endlich!

■ Der „Frauenförderplan“, den der damalige OB Rommel 1991 als Dienstanweisung an seine Verwaltung gab, wurde anno-dazumal als Erfolg gefeiert, weil er signalisierte, dass das Thema in den Ämtern der Stadtverwaltung eine wichtige Rolle spielen sollte. Es zeigte sich jedoch, dass konkrete Effekte rar waren und Papier geduldig ist. 2005 wurde mit dem baden-württembergischen Chancengleichheitsgesetz die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern als ein in allen Aufgabebereichen der Dienststelle zu beachtendes Leitprinzip festgelegt. 2006 unterzeichnete OB Schuster die EU-Charta Chancengleichheit mit dem Ziel, auf der kommunalen Ebene einen Chancengleichheitsplan für das kommunale Handeln zu formulieren. Seitdem kreisten Personalverwaltung, Personalrat und Chancengleichheitsbeauftragte umeinander und rangen um eine

Dienstvereinbarung, mit der die Verwirklichung von gleichen Rechten und Chancen im Arbeitsleben unabhängig vom Geschlecht vorangebracht werden sollte.

JETZT BEGINNT EIN PERMANENTER QUALITÄTSPROZESS HIN ZU MEHR CHANCENGERECHTIGKEIT. | Wir gratulieren, dass nach einem Jahrzehnt nun Einigkeit über das Regelwerk hergestellt worden ist, auf das sich alle, die sich in ihren Rechten missachtet fühlen, berufen können! Das ist eine wichtige Vereinbarung. Eine fest installierte Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen des Haupt- und Personalamts, der Klinikumsverwaltung, der Chancengleichheitsbeauftragten des OBs sowie aus Personalrät*innen wird künftig die gemeldeten Hemmnisse mit Blick auf die Umsetzung der Dienstvereinbarung bearbeiten und jährlich Lösungen in Form eines konkreten Maßnahmenplans verbindlich und überprüfbar festlegen. Dieser wird nach Zustimmung des Referats Allgemeine Verwaltung

und des Gesamtpersonalrats bzw. des Personalrats Klinikum bei vorheriger Stellungnahme der Chancengleichheitsbeauftragten wirksam. Haushaltsrelevante Maßnahmen werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Damit ist unsere langjährige Forderung endlich erfüllt: dass nämlich ein permanenter Qualitätsprozess in Sachen Chancengleichheit in Gange gesetzt wird, konkrete Umsetzungsschritte erfolgen und der Gemeinderat im Personalbeirat und im Verwaltungsausschuss steuernd eingreifen kann. Themen, die zurzeit anstehen, sind Neuregelungen von Arbeits- oder Dienstbefreiungen zur Versorgung schwer erkrankter Angehöriger und für Väter bei der Geburt leiblicher Kinder.

Wir sind sicher, dass mit der Dienstvereinbarung mehr Chancengerechtigkeit bei der Stadt ermöglicht wird. Unser Dank geht an alle, die so lange durchgehalten haben!

Silvia Fischer

■ ÖPNV-PAKT FÜR EINEN BESSEREN SCHIENENREGIONALVERKEHR

Überfällig, dass nach den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 jetzt auch wieder über den Schienenregionalverkehr geredet wird. Stadt, Land und Region – mit grünem OB und grünem Verkehrsminister – arbeiten im ÖPNV-Pakt an Konzepten zur Kapazitätssteigerung und Zukunftsfähigkeit. Mittlerweile erkennen auch manche S21-Befürworter die Notwendigkeit und das Potenzial von Panoramabahn, Regionalhalten etc.

Foto: Redaktion



Bienenweide, Staubfänger und Klimapuffer in der Senkrechten: Hauswand in Berlin, Steilwand in Slowenien. Fotos: Partner und Partner Architekten, Gabriele Munk

BAUEN UND KLIMA

Grüne Fassaden: Vorbild Natur, Vorbild Berlin

Ein Zeichen für mehr Natur in der Stadt soll die derzeit größte begrünte Wand Deutschlands sein. Sie steht in Berlin-Kreuzberg.

■ Wenn innovative Planer*innen auf entschlossene Auftraggeber*innen treffen, können neue Stadträume entstehen. Wie in Kreuzberg, wo das Architekturbüro Partner und Partner Berlin ein grünes Händchen bewiesen hat. Die Wirkung der begrünten Wand gibt den steinernen Fassaden der Stadt ein lebendiges, bewegtes Gegenüber. Etwas, das mit den Jahreszeiten wechselt. Etwas, in dem Kleintiere leben können. Eine vertikale Bienenweide. Was bei Wind Geräusche erzeugt und das Licht vielfältig bricht. Die Pflanzen vergrößern die Fassadenfläche der Hauswand um ein Vielfaches und produzieren Sauerstoff. Feuchtigkeit kann verdunsten und im Sommer angenehm kühlen. Der Lärm der Stadt wird von den Pflanzen abgemildert. Der Großstadtstaub verfängt sich in den kleinen Blättchen, und weniger Staub kommt durch die Fenster in die Zimmer.

Mich erinnert das Bild der grünen Wand in Berlin an die wunderbaren grünen Steilhänge einer Schlucht in den Karawanken in Slowenien, durch die ich diesen Sommer gewandert bin.

DIE FÄHIGKEITEN EINES BAUMES AUF DIE HAUSWAND GEBRACHT. DIESES MIKROKLIMA WIRD NUN ERFORSCHT. | Im Zuge des Projekts plant das Architekturbüro Partner und Partner ein Forschungsprojekt zur Evaluierung des Einflusses von begrünten Fassaden auf das Mikroklima der



Umgebung. Interessant ist, dass selbst bei der Erstellung einer begrünten Wand die Bewältigung der brandschutzrechtlichen Anforderungen eine der größten Herausforderungen darstellte. In Stuttgart laufen die Vorbereitungen auf die erste künstliche Mooswand der Welt. Alle kennen den künftigen Standort beim Neckartor. Auch hier wird die Wirkungsweise zur Minimierung von Feinstäuben wissenschaftlich begleitet werden. Im Moment finden die Messungen der derzeit vorherrschenden Luftbelastungen statt. Dies ist notwendig, um die Minimierung von Feinstaubbelastungen durch die Pflanzenwand, die im Labor funktioniert, unter realen Bedingungen auswerten zu können.

AUCH IN WIEN WÄCHST EINE GRÜNE FASSADE.

| Das Hauptgebäude des Wiener Abfallamts, die sogenannte MA 48, ist seit einem Jahr begrünt. Grasnelken, Lavendel, Thymian und Schafgarbe erstrecken sich bis hinauf in den fünften Stock, Schmetterlinge und andere Insekten bewohnen diesen ungewöhnlichen Standort anstelle einer Magerwiese. Für die Stadtverwaltung war diese Art der Fassade ein Risiko, denn Langzeit-Erfahrungen mit Grünfassaden gibt es nicht. Ausschlaggebend für die Entscheidung war der Wunsch nach mehr Grün in der Stadt – und das Bestreben, Energie zu sparen.

Über begrünte Wände holen wir uns die Natur in die Stadt und schaffen neue kleine Mikroklimata. Mein Wunschort für die erste vollflächig angelegte Fassade in Stuttgarts Mitte ist die Rückseite der Rathauspassage. Die Stadtverwaltung könnte als Vorbild für die Landeshauptstadt vorangehen und diese unattraktive Westseite mit einer zweiten Schicht überziehen. Wenn man's konventioneller mag und solange begrünte Wände wie die in Berlin und Wien noch Prototypen sind, gibt es die Möglichkeit, die Fassade einfach mit wildem Wein und anderen geeigneten Kletterpflanzen bewachsen zu lassen.

Gabriele Munk





Ortsbesichtigung. Fotos: Redaktion



STÄDTEBAU

Quo vadis, Eiermanncampus?

Die Spannung steigt. Zwischenstand.

■ Das 19 Hektar große ehemalige IBM-Gelände – fabelhaft hinter dem Autobahnkreuz Stuttgart gelegen – ist mal wieder in aller Munde. Alles, was in letzter Zeit über seine Entwicklung diskutiert und entschieden wurde, ist ein Paradebeispiel für die Notwendigkeit, sich als Kommunalpolitiker*in immer wieder mit verschiedenen Realitäten zu befassen. Realität I: Das Gelände ist seit neun Jahren leergeräumt, die vier denkmalgeschützten Bürogebäude von Egon Eiermann rotten weiter vor sich hin. Das ganze Areal ist versiegelt. Es gibt zwar ein Baurecht für Gewerbe, drumherum hat sich aber der Wald hochgeschwungen wie um ein Dornröschenschloss. Für IBM war in den 1960er Jahren die Sichtbarkeit des Ensembles sehr wichtig – es thronte damals am Autobahnkreuz wie ein Mahnmal der Moderne.

Realität II: Aus Vaihinger Sicht ist es schwierig, ein Verständnis für das Areal zu entwickeln. Es liegt ab vom Schuss, fern jeglicher Wohnbebauung, weit hinter dem Freibad mitten im Wald im Landschaftsschutzgebiet Rosental und ist schlecht angebunden. Obendrein die lärmende Autobahn direkt daneben. Sich heute dort ein neues Quartier vorzustellen, bedarf großer Anstrengung.

Realität III: Wenn man sich die Mühe macht, das Areal zu besuchen, ist man vom Charme dieser skurrilen und damals sehr fortschrittlichen Architektur fasziniert. Die filigranen Bürogebäude haben Anmut. Klar, sie weisen eine schlechte Energiebilanz auf und erfüllen von der Raumaufteilung her die An-

sprüche heutiger Arbeitswelten nicht mehr. Aufgrund des Denkmalschutzes werden Instandhaltung und Sanierung teuer. Für eine halbwegs wirtschaftliche Nutzungsidee ist Kreativität gefragt.

VIEL WURDE ANGEDACHT UND MITBEDACHT. DANN DIE ENTSCHEIDUNG FÜR DEN ERHALT. | Nach einer sehr langen Hängepartie hat sich der Gemeinderat entschieden, die denkmalgeschützten und historisch bedeutsamen Gebäude möglichst zu retten, indem auf dem riesigen Parkplatzareal eine Bebauung zugelassen wird. Dafür haben 2014 immerhin 59 von 60 Stadträt*innen gestimmt. Ein Kolloquium unter Leitung des OBs hatte diesen Weg aufgezeigt. Die erste Idee war eher ein Massenmodell eines vorstellbaren Mischquartiers mit einem Anteil von 75 Prozent Fläche für Gewerbe, Dienstleistung und Forschung und 25 Prozent für hybrides Wohnen.

Als die Gerchgroup aus Düsseldorf das Areal übernahm, spürte sie bald, dass dieses Projekt kein Selbstläufer werden würde. Im Vaihinger Bezirksbeirat regte sich schnell Widerstand; dort wurde die Anbindung des Geländes und das fehlende Mobilitätskonzept in den Vordergrund gestellt.

ARCHITEKTURWETTBEWERB | Der Investor hat ein mehrstufiges Verfahren vorgeschlagen und durchgeführt – in engem Austausch mit der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft, die über verschiedene Bürgerbeteiligungsforen eingebunden war. Ein Architekturwettbewerb wurde durchgeführt; zwei „zufällig“ ausgewählte Bürger*innen nahmen daran teil. Ebenso unkonventionell stellte man eine große

Transparenz her, indem man alle Entwürfe (die vier Sieger und die zehn weiteren) der Öffentlichkeit präsentierte.

Die Wettbewerbsunterlagen für die städtebaulichen Entwürfe hatten den Wohn- und Gewerbeanteil relativ offen gelassen – als Ziel umrissen war ein „funktionierendes Quartier“. An diesem Punkt kam es, für uns erstaunlicherweise, zum Dissens mit der CDU. Denn diese pochte nun darauf, den Wohnanteil auf maximal 25 Prozent der Flächen zu begrenzen.

WAS JETZT? | Die vier Sieger-Entwürfe weisen einen deutlich höheren Wohnanteil von ca. 45 bis sogar 65 Prozent auf. Den Planern zufolge ermöglicht dies eine Grundinfrastruktur (Kita, Nahversorgung, ÖPNV-Anbindung), die dieses Gebiet überhaupt erst zum Wohnquartier machen kann. Die Vorstellung, dort hauptsächlich einen Gewerbe- und Forschungspark zu realisieren und ein paar Hundert Student*innen alleine dort anzusiedeln, macht meiner Meinung nach wenig Sinn. Zudem waren sich die Planer sowie die Vaihinger Bürgerschaft einig: Es braucht dort etwas Attraktives, damit sich das Quartier als „zu Vaihingen gehörend“ entwickelt (die Bürger*innen sprachen z. B. von einem „Architektur- oder Kultur-Café“; ein Büro hatte z. B. die Idee eines Hochseilgartens oder eines Sees; manche sahen eine Art „Future Technology Park“).

Und nun kamen plötzlich sehr interessante Bündnisse zustande: Die CDU und die Vaihinger Bezirksbeirat*innen lehnten (freilich aus verschiedenen Gründen!) das offene Verfahren des Wettbewerbs ab, das wir und ebenso die fünf Stuttgarter Architektenkammern bevorzugten. Der Vorwurf, wir



seien nun zu „investorfreundlich“, weil wir durch den höheren Wohnanteil das Projekt für den Investor lukrativer machen würden, das ist eine Frechheit. Unser Ziel lautet:

DAS UNGLEICHGEWICHT ZWISCHEN ARBEITSPLÄTZEN UND WOHNRAUM AUSGLEICHEN! | Da der Bezirk Vaihingen bereits eine starke Disbalance zwischen Arbeitsplätzen und Wohnen aufweist und wir generell mehr Wohnungen in Stuttgart brauchen, sind wir vielmehr mit der empfohlenen Entwicklung schlicht einverstanden und halten sie für sinnvoll. Für uns ist klar, dass die Themen Luftschadstoffe, Lärmbelastung, nachhaltige Mobilität, qualitatives Bauen und Infrastruktur bedacht werden müssen. Wenn man die denkmalgeschützten Gebäude retten will, braucht der Investor aber ein attraktives und funktionierendes Angebot, das auch für ihn ausreichend lukrativ ist. Der hierfür erforderliche höhere, ausgewogene Wohnanteil passt sehr gut zu dem zukunftsfähigen Quartier, das wir uns dort immer besser vorstellen können. Im Dezember werden die vier Büros die Weiterentwicklung und Präzisierung ihrer Planungen präsentieren – dann wird es zum Schwur kommen.

Die Eiermann-Gebäude: wunderbare Kulisse auch für einen James-Bond-Film der 1960er Jahre. Schöne Vorstellung, wie Sean Connery den Bösewicht von einer Seilbahn aus verfolgt, in der Luft schwebend. Wir aber bleiben auf dem Boden und an dem Projekt dran. Wir sind gespannt, wie's weitergeht!

Anna Deparnay-Grunenberg



KOMMUNALPOLITIK

Verquere Verhältnisse – wo bleibt da der Wählerwille?

■ Der Stadtist im Stuttgarter Gemeinderat überrascht mitunter durch eine eigenartige Sicht der Dinge, durch eigenwillige Anträge, verblüffende Argumentationen und ungewöhnliche Paktierungen. Etwa wenn er gemeinsam mit der CDU, den Freien Wählern und der FDP gegen die Meinung der Experten einen niedrigeren Wohnungs- und höheren Gewerbeanteil auf dem ehemaligen Eiermannareal beantragt. Oder wenn er das von uns in den Haushaltsberatungen beantragte Kleinzellensendernetz nach dem erfolgreichen St. Galler Modell streichen will und es „als ein Relikt aus vergangenen Tagen, in denen Heerscharen von verunsicherten Bürgern vorwiegend psychisch begründet gegen angeblich krankmachende Strahlung zu Felde zogen“ bezeichnet. Ebenso, wenn er gemeinsam mit Stadträt*innen der FDP die Stadtverwaltung beauftragen will, die Planungen für den Nordoststring voranzutreiben.

Wenn das alles dem „für eine Demokratie unverzichtbaren Wettbewerb der Ideen“ (Manifest der Stadtisten) zugerechnet wird, ist das ja noch in Ordnung und Sache der Stadtisten. Die Absichtserklärung im Manifest scheint auf ihren Vertreter im Rat zugeschnitten zu sein: „Wir wollen kreative Köpfe und Querdenker darin unterstützen, ihre Ideen umzusetzen.“

Wir wollen auch nicht problematisieren, dass die Stadtisten den Anspruch explizit *nicht* erheben, in politischen Gremien mit einer Stimme zu sprechen. Auch das ist Sache der Stadtisten.

HAUPTSACHE ZÄHLGEMEINSCHAFT. INHALTLICHE NÄHE? EGAL! | Nun haben aber nach der letzten Kommunalwahl SÖS, Die Linke und die Studentische Liste eine sogenannte Zählgemeinschaft mit dem Stadtisten gebildet. Der Stadtist konnte dadurch überhaupt erst in manchen Ausschuss und Aufsichtsrat einziehen, und die Fraktionsgemeinschaft profitierte durch eine höhere Anzahl an Sitzen in den Ausschüssen des Gemeinderats. Wie immer wieder offensichtlich wird, stand lediglich der Zugewinn an Sitzen, nicht aber die inhaltliche Nähe im Vordergrund. Dem Willen der Wähler*innen entspricht das nicht.

Oder finden es die Wähler*innen der SÖS und der Linken in Ordnung, wenn der Stadtist über ihren Platz im Ausschuss den Nordoststring fordert, gegen den sie jahrelang gekämpft haben? Oder wenn der Stadtist das Kleinzellennetz mit falschen Argumenten schlechtredet, das SÖS-Linke-Plus zusammen mit den Grünen in einer gemeinsamen Veranstaltung präsentiert und gefordert haben? Oder wenn dieser eine Stadtist mitunter die ökosoziale Ratsmehrheit im Umwelt- und Technik-Ausschuss auf den Kopf stellt? |

IST DAS IM SINN DER SACHE?

Andreas G. Winter

Gestaltungsbeirat kommt!

■ Köln hat einen, Darmstadt, Wuppertal, Dortmund, Wiesbaden, Salzburg, München auch. Einen Gestaltungsbeirat. Die längste Tradition eines solchen Gremiums kann vermutlich die Stadt Nürnberg vorweisen. Dort heißt er heute Baukunstbeirat; schon 1890 wurde er als „Kunstausschuss/Bauausschuss“ erwähnt. Gestaltungsbeiräte sollen eine hohe Baukultur sichern. Saarbrücken bezeichnet seit 2013 die Zustimmung des Gestaltungsbeirats zu einem Projekt als Gütesiegel.

GROSSER SCHRITT ZU MEHR BAUKULTUR! | Eine Baukultur, die den Namen auch verdient, ist uns Grünen für unsere Stadt sehr wichtig. Deshalb hatten wir gemeinsam mit den Freien Wählern den Antrag gestellt, einen Gestaltungsbeirat zu installieren, und in den letzten Haushaltsberatungen entsprechende Mittel dafür bereitgestellt. Peter Pätzold hatte den Antrag noch als Fraktionsvorsitzender mitunterzeichnet – als Baubürgermeister setzt er ihn nun um. Wir freuen uns, dass alle Fraktionen im Oktober diesem wichtigen Schritt für die Baukultur in unserer Stadt zugestimmt haben. Und auch der Stuttgarter Städtebauausschuss, ein beratendes Gremium, hat sich für die Einsetzung eines Gestaltungsbeirats ausgesprochen – ebenso wie die Stuttgarter Architektenkammer. Ziel ist es, die architektonische Qualität und Baukultur auf einem hohen Standard zu sichern.

HOHE ERWARTUNGEN | Wir haben in den letzten Jahren zu viele städtebauliche und architektonische Missentwicklungen einstecken müssen. Zu viel Abriss, fragliche Neubaukonzeptionen, das Gesicht Stuttgarts verändert sich zu investorendiktiert. Viele Mitbürger*innen bringen zum Ausdruck, dass die Maßstäblichkeit der Stadt verloren geht. Wir setzen darauf, von einem unabhängigen Gestaltungsbeirat, der mit hochkarätigen Expert*innen – ganz bewusst nicht aus der Stadt – besetzt ist, zu den wichtigen architektonischen und städtebaulichen Entscheidungen die richtigen Empfehlungen für eine qualitätvolle Weiterentwicklung unserer Stadt zu erhalten. Wir setzen also hohe Erwartungen in das neue Gremium.

Gabriele Munk

Die Filder – der Hotspot der Region?

Landwirtschaft auf Spitzenböden, Naherholungsgebiet, Freifläche fürs Stadtklima? Oder in erster Linie Stadt- und Wirtschaftsraum mit Messe und Flughafen, Autobahn, Schienentrassen? Die Filder polarisieren – und die Politik muss Maß halten.

■ Im Süden von Stuttgart erstreckt sich rund 16 km lang die Filderebene. Einerseits beheimatet sie einen Infrastrukturknoten mit Flughafen, Messe, dem dieses Jahr eröffneten Fernomnibusbahnhof und künftig einem Fernbahnhof mit ICE-Halt. Andererseits besitzen die Filder beste Böden und hervorragende Erholungsqualitäten. Seit über 20 Jahren sind die Filder verstärkt im Fokus von Planungen. Mit der 2007 eröffneten „Neuen Messe“ wurde ein weiterer Baustein für die Drehscheibe „Airport City“ gelegt. Der Regionalverband Stuttgart sieht mit dem neuen Fernbahnhof mit ICE-Halt ein neues Zeitalter für diesen Bereich anbrechen.

UNTERSCHIEDLICHSTE INTERESSEN | Die Begehrlichkeiten wachsen, weitere Flächen in diesem Bereich zu bebauen. Mit Flughafen und Messe wurde und wird sukzessive die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut. In der Folge haben sich Büros und Hotels angesiedelt. Mit der Verlängerung der Stadtbahn U6 vom Fasanenhof über die Messe bis zum Flughafen (derzeit im Planfeststellungsverfahren) flammt auch wieder die lange gehegte Absicht auf, das Gewerbegebiet Echterdingen-Ost auf den Fildern auszuweisen (rund 19 Hektar für ungefähr 12.000 prognostizierte Arbeitsplätze). Und nicht nur dieser Bereich ist im Fokus für weitere Flächenausweisungen.

Der Regionalverband Stuttgart zeigt auf, wie gut verknüpft der Standort in Zukunft mit anderen Städten durch den neuen Fernbahnhof sein wird. Gleichzeitig zitieren Presseberichte die regionale Wirtschaftsförderung, dass Unternehmen auch aus Amerika und Asien verstärkt in die Region drängen und mittelfristig 300 bis 400 Hektar an Flächenbedarf besteuere (Stuttgarter Zeitung vom 6. Oktober).

DIE FREIRÄUME SCHWINDEN. | Mit der Ausweisung von Gewerbeflächen wird wegen den darauf entstehenden Arbeitsplätzen wiederum Wohnraum benötigt, was weitere Ausweisungen von Wohnbauflächen nötig macht. Eine Spirale würde in Gang gesetzt. Umso wichtiger ist es, in unserer dicht besiedelten Region Freiräume zu erhalten und die Filderebene nicht zu einem „Restraum“ oder einer Insellage werden zu lassen. Es existieren jetzt schon kaum mehr durchgängige Landschaftsstrukturen.

Der Landschaftsraum Filder besitzt eine multifunktionale Aufgabe: Er ist erlebbarer Erholungsraum, dient der verbraucher-nahen Erzeugung von Lebensmitteln und bietet Raum für ökologische Tragfähigkeit. Diese Qualitäten wollen wir Grünen sichern.

Beate Schiener



KULTURPOLITIK

Wie geht es weiter mit der Kultur?

Neue Entwicklungen und Perspektiven

■ In den Haushaltsberatungen 2016/17 konnte der Kulturretat um 3,7 Millionen Euro aufgestockt werden. Was damit ermöglicht wurde, ist nun auch in der Stadt sichtbar. So fand bis zum 9. Oktober das Lichtkunstfestival „Aufstiege“ der KulturRegion Stuttgart in 25 Städten und Gemeinden statt. Wer es verpasst hat: Die Lichtinstallation „Im Fluss“ von Max Frey an oder besser in der Eugenstaffel ist dauerhaft zu bewundern, sobald die Dämmerung beginnt. Ende Oktober zeigen die Dragon Days die ganze Welt der Fantastik, von Literatur zu VFX, visual effects. Und ganz ohne Förderung, aber mit viel Elan bringt das New Fall Festival im Herbst ambitionierten Pop nach Stuttgart.

KONTINUITÄT UND INNOVATION, VIELFALT, QUALITÄT ... | Die Wurzeln der Stuttgarter Kulturlandschaft heißen Kontinuität und Innovation, Vielfalt und Qualität. Daher geht es nun darum, die bereits in „Kultur im Dialog“ aufgekommene Anregung wieder aufzunehmen, die kulturelle Förderung in Stuttgart transparenter zu gestalten. Als Beispiel kann hier Freiburg dienen: Dort hat die Stadt bereits seit einigen Jahren mit verschiedenen Institutionen Zielvereinbarungen ausgearbeitet, die gemeinsam im Dialog überprüft und fortentwickelt werden. Auch in Stuttgart haben sich verschiedene Institutionen bereit erklärt, sich auf einen solchen Weg zu begeben. Zunächst gilt es jedoch auch, kulturelle Leitlinien der Stadt zu bestimmen. Wo stehen wir, wo wollen wir hin, und was ist dafür noch zu tun? Was sind die besonderen Qualitäten der kulturellen Landschaft Stuttgarts? Wo muss noch unterstützt, ausgebaut oder einfach nur Platz geschaffen werden?



Aus dem Tricks-for-Kids-Kurzfilm „Alike“, Regie: Daniel Martinez Lara, Nicolas Matji. Foto: Trickfilm-Festival Stuttgart

So musste auch unser OB im letzten Kulturausschuss feststellen, dass der Film- und Medienbereich bei den geförderten Kulturinstitutionen noch deutlich unterrepräsentiert ist, trotz des internationalen Rufs, den Stuttgart in diesem Bereich mittlerweile genießt. In anderen Bereichen hat unsere Stadt bereits Institutionen mit herausragendem internationalen Ruf; so die Oper, das Ballett – trotz marodem Unterbau, veralteter Technik und mehr als schwieriger Arbeitssituation. Denn nicht nur der Schulbereich leidet unter einem Sanierungsstau; gerade im Kulturbereich wurde in Sachen Sanierung vielerorts lange nichts mehr getan.

... MIT DYNAMISIERUNG | Auch in einem weiteren wichtigen Bereich kann man sich an anderen Städten orientieren: So hat sich Braunschweig entschlossen, die Zuschüsse im Kulturbereich gemäß der allgemeinen Entwicklungen im Personal- und Sachkostenbereich automatisch zu erhöhen, soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt.

Eine solche Dynamisierung zum Ausgleich steigender Miet-, Personal- und Energiekosten sorgt dafür, strukturelle Unterfinanzierung gar nicht erst entstehen zu lassen. Grundlegend für all diese Entwicklungen ist das Bewusstsein, dass Kulturförderung eine grundlegende öffentliche Aufgabe ist und bleibt. Sie ist Zukunftsinvestition, nicht Subvention. Kultur ist eine der wichtigsten Ressourcen Stuttgarts für die Zukunft. Kulturpolitik ist daher Gesellschaftspolitik, die nicht vor Ressortzuständigkeiten halt machen darf und nicht auf staatliches Verwaltungshandeln zu begrenzen ist, sondern breit Akteure der Zivilgesellschaft beteiligt und einbindet. Nur mittels der Kultur kann der gesellschaftliche Zusammenhalt geschaffen und bewahrt werden. Und Stuttgart macht weiterhin nicht (nur) als Feinstaub-, sondern (auch) als Kulturhauptstadt Schlagzeilen.

Petra Rühle



In der Stuttgarter Stadtverwaltung ist seit Neuestem der Ordnungsbürgermeister für den Sport zuständig. Ob damit nun ordentlich 'was in Bewegung kommt?

Kommunale Bewegungspolitik mit neuem Vorturner

■ Neue Besen kehren gut, sagt man. In der Stuttgarter Sportpolitik werden wir das in den nächsten Monaten und Jahren beobachten und bewerten können. Nachdem Susanne Eisenmann Bildungsministerin geworden ist, wurden im Stuttgarter Rathaus die Zuständigkeiten auf der Bürgermeisterei neu verteilt. Der Sport wanderte durch diese Rochaden in die Hände von Bürgermeister Martin Schairer, der sich zuvor nur mit dem Bereich Sicherheit und Ordnung beschäftigt hat.

Martin Schairer ist als sportaffin bekannt, deswegen darf man vorsichtig positiv gestimmt sein. Über seine geplanten Schwerpunkte gab er in der letzten Sitzung des Sportausschusses Auskunft. Im Großen und Ganzen lässt sich seine Vorstellungsrede auf zwei Punkte reduzieren: Stärkung der Vereine und Stärkung der Schwimmfähigkeit (vor allem) der Kinder. Nun ja. Eine allgemeine Aussage und ein konkretes Projekt. Das könnte schlimmer sein, ist aber – zumindest aus grüner Sicht – noch nicht das Gelbe vom Ei.

Vor allem der Plan zur Stärkung der Vereine wirft Fragen auf. Ja, die Vereine stemmen die Hauptlast der Sportangebote vor allem im Kinder- und Jugendbereich und natürlich im Leistungssport. Und ja, die Vereine

sind das „Rückgrat des Stuttgarter Sports“. Deshalb brauchen sie auch unsere Unterstützung. Aber ein Rückgrat ohne umgebenes Muskelgewebe bricht halt trotz allem zusammen, und sei es noch so stark.

STARKES RÜCKGRAT MIT MUSKELN DRUMRUM | Aus diesem Grund haben wir Grünen uns seit Jahren auch für den vereinsunabhängigen Sport stark gemacht. Wir werden Herrn Schairer in die Pflicht nehmen: Kommunale Sportpolitik kann nicht nur Vereinspolitik bedeuten, sondern muss Bewegungspolitik im breiteren Sinne sein. Zumal die gegenwärtige Vereinsstruktur nicht zukunftsfähig ist. Wir werden in den kommenden Jahren sehen, dass vor allem kleine Vereine immer größere Probleme bekommen werden, da beispielsweise ein Engagement im Ganztagschul-Bereich mit ehrenamtlichen Strukturen nicht leistbar ist. Hauptamtliche Strukturen sind allerdings nur in größeren Vereinen oder Vereinszusammenschlüssen finanzierbar.

Gleichzeitig nehmen immer mehr Menschen vor allem zwischen 20 und 50 Jahren gerne Angebote außerhalb des Vereinssports wahr. Sie schätzen deren Flexibilität und deshalb bessere Vereinbarkeit mit Beruf, Familie und dem Freizeitangebot in der Stadt. Zwar kann man diesen wachsenden Trend gegen verbindliche Sportangebote kritisch sehen, allerdings ist es keine kommunale Aufgabe, Menschen vorschreiben zu wollen, wie sie Sport zu treiben haben. Es ist allerdings unserer Meinung nach sehr wohl kommunale Aufgabe, Menschen zu Sport und Bewegung zu animieren. Ob nun im Verein oder außerhalb, darf für uns als Kommune keinen grundsätzlichen Unterschied machen. Daher werden wir genau darauf achten, wie Bürgermeister Schairer hier agieren wird, und für beides kämpfen: Stärkung des vereinsgebundenen Rückgrats wie auch der umhüllenden, vereinsunabhängigen Muskulatur.

Benjamin Lauber



■ VHS: ZENTRALER CAMPUS, DEZENTRALE BILDUNGSARBEIT

Macht nach fast 25 Jahren immer noch einen guten Eindruck, platzt aber aus allen Nähten. Wir unterstützen die Volkshochschule gerne auf ihrem Weg zu einem zentralen Bildungscampus für Erwachsene mit einem zweiten Standort nahe dem TREFFPUNKT Rotebühlplatz und dem Ausbau der dezentralen Bildungsarbeit in den Stadtbezirken.

Foto: Redaktion





Foto: Redaktion

■ ATTRAKTIVE FUSSWEGE UND FLANIERROUTEN

2013 haben wir den Antrag „Zu Fuß! Attraktive Fußwege beleben die Stadt“ gestellt. Jetzt arbeitet die Stadtverwaltung engagiert an Hauptwegerouten, die im Talkessel eine bewegungsfördernde, menschenfreundliche Fußwege-Infrastruktur bilden sollen. Darüber hinaus hat Reinhard Möhrle, grüner Bezirksvorsteher in Stuttgart-West, die Idee der Flanier Routen ins Spiel gebracht: Die sollen zum Zufußgehen einladen, so dass auch längere Alltagswege über das eigene Quartier hinaus gerne zu Fuß zurückgelegt werden. Im STADTBLATT erfahren Sie bald Konkretes.

NATUR IN DER STADT

Neuntöter, Feuerfalter, Gelbkopfamazonen

Bald liegt das Artenschutzkonzept des Umweltamts vor. So hilfreich das Grundlagenwerk für den Artenschutz ist, so dringend bleibt die Stadt Stuttgart dabei auf die Mitarbeit von Ehrenamtlichen angewiesen.

■ Kennen Sie das Aufrechte Glaskraut? Es ist eine seltene Pflanze, die in Stuttgart nur an einem einzigen Standort – an der Ruine in Hofen – vorkommt. An diesem Standort ist die Art jedoch zunehmend gefährdet, zum Beispiel wegen Überwucherung durch andere, weniger schützenswerte Pflanzen. Stuttgart hat für diese Art also eine besondere Verantwortung in Bezug auf Sicherung der Biodiversität. Neben dem Glaskraut gibt es auf Stuttgarter Gemarkung etliche weitere bedrohte Arten und Biotope.

23 ZIELARTEN, 120 INDIVIDUALARTEN UND 24 BIOTOPTYPEN | Artenvielfalt ist Lebensqualität – damit wir und vor allem künftige Generationen sich an Neuntöter, Laubfrosch, Zauneidechse, Großem Feuerfalter und Co. erfreuen können, erstellt das Amt für Umweltschutz derzeit ein Artenschutzkonzept, das speziell auf die Verhältnisse in der Landeshauptstadt zugeschnitten ist. In dem Konzept, das im Entwurf bereits vorliegt, wurden 73 Zielarten, aufgeteilt auf 24 Biotoptypen, und 120 Individualarten definiert, die zukünftig verstärkt geschützt werden sollen. Zu den Individualarten, die nicht konkret einem Biotoptyp zugeordnet werden können, aber

per se selten vorkommen, gehören beispielsweise das eingangs erwähnte Aufrechte Glaskraut und die berühmten Cannstatter Gelbkopfamazonen-Papageien.

SCHUTZMASSNAHMEN: MÄHEN, ENTBUSCHEN, ENTSCHLAMMEN | Wichtig beim Artenschutzkonzept ist, dass basierend auf dem jeweiligen Artenschutzbrief mit Bestandsanalyse konkrete Entwicklungs- und Schutzmöglichkeiten beschrieben werden. Jede Art bekommt also ihre eigene, abgestimmte „Schutzrezeptur“. Oft genannte Maßnahmen sind: Mähen, Entbuschen, Entschlammen. Um diese Maßnahmen nun in

die dringend notwendige Praxis umzusetzen, bedarf es Personal – sowohl ehrenamtlich als auch hauptamtlich. Ehrenamtliche müssen geworben, angeleitet und von fachkundigen Profis betreut werden. Deshalb sollten im nächsten Haushalt entsprechende Mittel dafür bereitgestellt werden. Das Stuttgarter Artenschutzkonzept ist ein wichtiges Grundlagenwerk und wegweisender Leitfaden für den Artenschutz. Es wäre schade, wenn die Umsetzung aus Geldmangel „überwuchert“ würde.

Clarissa Seitz



Glaskraut in Hofen. Das Brennnesselgewächs hat man früher zum Reinigen von Gläsern verwendet. Foto: Stadt Stuttgart, Amt für Umweltschutz, Hans Christian Stotzem





Impression von der Ratstour: die Mietbeete in Möhringen. Foto: Beate Schiener

AUSSCHUSS ON TOUR

Mietbeet auf dem Bauernhof, Co-work in Kreativwerkstatt

Der Wirtschaftsausschuss des Gemeinderats besucht regelmäßig Stuttgarter Betriebe. Diesmal standen junge Firmen im Fasanenhof und ein alteingesessener Betrieb mit neuer Geschäftsidee in Möhringen auf dem Programm.

START-UPS, CO-WORKING, DIGITALE INNOVATIONEN | Bei der auf dem Schelmenwasen im Fasanenhof angesiedelten Firma GFT Technologies war die vor fünf Jahren gegründete Innovationsplattform code_n von besonderem Interesse. Die Plattform will Start-Ups und etablierte Unternehmen zusammenbringen und neue Partnerschaften für digitale Zukunftsthemen schaffen. Unter dem Motto „Innovation braucht Raum“ werden ein professionelles Arbeitsumfeld und Co-working-Plätze in kreativer Umgebung angeboten. Wir hatten Gelegenheit, zwei junge Menschen bei der Entwicklung von Sensoren als Frühwarninstrument für epileptische Anfälle in ihrer Arbeitsumgebung zu erleben. Das Thema Start-Ups ist hochaktuell. Wie gehen wir als Gemeinderatsfraktion damit um? Die Tour des Wirtschaftsausschusses bot eine gute Gelegenheit, sich einen Eindruck vor Ort zu verschaffen. Der digitale Wandel der Geschäftswelt ermöglicht vielfältige Chancen, etwa in der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle rund um das Thema Mobilität. Ein Thema, das in der Stadt und in der Region besonders brennt.

GIESSEN, GRUBBERN, GENIESSEN – UND DAS BEET ZUR AUSGLEICHSFLÄCHE MACHEN? | Anschließend wurden in Möhringen die Gemüsegärten „Meine Ernte“ von Landwirt Klaus Brodbeck besucht. Dort kann man ab dem 1. Mai bis zum 1. November ein 45 Quadratmeter großes Gartenbeet mieten, das bereits mit 20 unterschiedlichen Gemüsesorten bepflanzt ist. Gießen, säen, pflegen, ernten. Geräte gibt's vor Ort. Eine faszinierende Idee, in dicht besiedelten Gegenden die Möglichkeit zu bieten, das eigene Gemüse anzubauen und sich an der frischen Luft in Gemeinschaft bewegen zu können. Es wurde dort unter anderem diskutiert, ob ein Hektar Vielfältigkeit nicht auch als Ausgleichsfläche anerkannt werden könnte. Beeindruckend war die Schilderung von Landwirt Brodbeck, dass zu dem Treffen mit den Pächter*innen zu Saisonbeginn von über 100 Personen nur fünf mit dem Pkw kamen. Seine Bitte, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, da es auf dem Acker verständlicherweise an Parkplätzen mangelt, hat gefruchtet – es geht doch!

Beate Schiener

Stuttgarts wilde Papageien

Fotografien von Tomoko Arai im Stuttgarter Rathaus

■ Kennen Sie die wilden Papageien von Cannstatt? Fotografin Tomoko Arai kennt inzwischen jeden einzelnen. Seit fünf Jahren beobachtet und dokumentiert sie die rund 50 Gelbkopfamazonen, die in Bad Cannstatt eine stabile Population gebildet haben. Auf diese Papageien können wir wirklich stolz sein. Außerhalb ihres natürlichen Lebensraums in Zentralamerika kommen sie nur in Stuttgart vor. Das ist umso bemerkenswerter, als sie in ihrer Heimat vom Aussterben bedroht sind.

Seit knapp 30 Jahren leben Papageien am Neckar, von der Vogelfachwelt werden sie inzwischen als „eingebürgert bzw. heimisch“ eingestuft. Zahlreiche Ornithologen kommen extra nach Stuttgart, um die Exoten zu beobachten. Besonders im Winter ist es ein

einmaliges Schauspiel, wenn sie klangstark auf ihre Schlafbäume rund um den Cannstatter Wilhelmsplatz einfliegen.

AUSGERECHNET BAD CANNSTATT! |

Dass die Amazonen ausgerechnet Bad Cannstatt als Lebensmittelpunkt gewählt haben, mag daran liegen, dass sie hier höhlenträchtige, nicht zu stark gestutzte Bäume zum Schlafen und Brüten finden, auf deren Kronen und äußersten Zweigen sie sicher vor Mardern und Katzen sind. Aber vor allem: Dieser Stadtbezirk ist einer der wärmsten Orte in ganz Deutschland. Was auch die Winzer, die Mauereidechsen und seit Neuestem der Orpheusspötter, ein kleiner Singvogel aus der Familie der Rohrsänger, zu schätzen wissen ...

Martin Steeb

Die Ausstellung ist noch bis 4. November im Rathaus Stuttgart, Erdgeschoss, bei freiem Eintritt zu sehen.

Wer sie verpasst, kann sich am farnefrohen JAHRESKALENDER 2017 „DIE STUTTGARTER AMAZONEN“ erfreuen. Er ist für 15 Euro bei uns in der Geschäftsstelle (Kontaktaten siehe Seite 32) zu haben.



Cannstatter Gelbkopfamazonen. Tomoko Arai und Clarissa Seitz bei der Eröffnung der Ausstellung am 19. Oktober. Fotos: Tomoko Arai, Redaktion



AUS DEN BEZIRKEN:
MITTE

Bankrettung!

Es hagelte Beschwerden. Jetzt werden die Metallbänke neu verteilt.

■ Dort, wo die Rolltreppe Passant*innen aus der Klett-Passage in die Königstraße transportiert, gab es im letzten Jahr immer öfter Ärger. Die Metallbänke rund um die Baumbeste waren ständig besetzt von immer den gleichen Menschengruppen, und zuweilen ging es dort laut und ungemütlich und wenig bürgerlich zu.

Immer öfter haben sich Passant*innen und auch Geschäftsleute der unteren Königstraße und benachbarte Einrichtungen bei der Stadt beschwert. Die Stadt hat reagiert, indem sie die Präsenz der Ordnungskräfte erhöht hat. Weil diese Einsätze aber nicht den gewünschten langfristigen Erfolg brachten, kündigte sie an, die Bänke im unteren Teil der Königstraße deutlich zu reduzieren; das heißt schlicht, sie abzuschrauben und einzulagern.

„Eine Stadt muss aushalten, dass Leute mit bestimmten Problemen sich an bestimmten Orten zusammenschließen, um ihre Armut, ihre Perspektivlosigkeit oder ihre Sucht zusammen auszuhalten.“
Veronika Kienzle

Ich fand es nicht in Ordnung, dass der Bezirksbeirat nicht einbezogen war – und hielt die Maßnahme selbst auch nicht für verhältnismäßig. Dennoch habe ich, zusammen mit dem Bezirksbeirat Stuttgart-Mitte, ein gewisses Verständnis geäußert. Denn der öffentliche Raum, die Plätze und Straßen sind wirklich für alle da. Und die Bänke in der Königstraße sind nicht geeignet als Schlafplätze oder Trinkstätten.

KOMPROMISS | Weil das so ist, haben wir den Vorschlag gemacht, die Bänke – im Grunde sind es Sitze – nicht abzuschrauben, sondern sie teils dort zu belassen, teils in der Königstraße breiter zu verteilen. Nachdem die Stuttgarter Zeitung über diesen Vorschlag berichtete, erreichten mich einige harsche Mails, die Begriffe wie „unmensch-

lich“ oder „kalthertzig“ nicht scheuten. Ich denke, dass die Nutzung unserer öffentlichen Räume immer wieder neu verhandelt werden muss. Mit Geschäftsleuten, die sich ja auch gerne solcher Räume bemächtigen. Aber auch mit speziellen Nutzergruppen! Ich habe mit beiden gesprochen und denke, dass nun beide mit dem Vorschlag einer gewissen Dezentralisierung der Stadtmöblierung leben können, ohne ihren Umsatz einerseits und ihre Würde andererseits zu verlieren. Kommunalpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie immer Verständigung und auch Kompromisse suchen muss.

Diesen Kompromiss haben wir gefunden und freuen uns, dass die Verwaltung sich dem angeschlossen hat.

Veronika Kienzle,
Bezirksvorsteherin Stuttgart-Mitte



Fotos: Redaktion (oben), Andrea Münch



BAD CANNSTATT

NEUE GRÜNE MITTE – NECKAR-PARK FEIERT SPATENSTICH

Ein neues Wohnquartier, ein neuer Stadtpark entsteht. Noch sieht man ringsum nur eine große Brache, wo im Sommer 2017 der Stadtpark Bewohner*innen und Besucher*innen zur Verfügung stehen wird. Wir Grünen haben das Verfahren vielfältig begleitet: bei der Bürgerbeteiligung, im Bezirksbeirat, im Gemeinderat und beim Architektenwettbewerb. Klar, dass wir auch beim Spatenstich dabei waren.



Foto: Reinhard Möhrle



S-OST

Der neue Schwanenplatz

Ein Platz für alle, aber kein echter Mittelpunkt für den Stadtteil Berg. Zumindest noch nicht.

■ Nach Bürgerbeteiligung über die Zukunft des Areals um den Schwanenplatz fand nun im Herbst die Jurysitzung des Preisgerichts Schwanenplatz statt. Nach dem Siegerentwurf des Büros Wiedemann und Schweizer wird der Schwanenplatz zu einem wirklichen Zentrum von Berg – mit Shared Space entlang der Karl-Schurz-Straße, der mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer bietet, mit Platz für Gastronomie und einer Entschleunigung des motorisierten Individualverkehrs. Der verkehrsmindernde Effekt wird durch eine deutlich herausgearbeitete Abbiegespur von der Nißlestraße zum Parkhaus Leuze unterstützt. So soll der Schleichverkehr durch den Stadtteil verringert werden.

WASSERSPIELE UND WEITERE GUTE IDEEN UMSETZEN! | Das Herz ist ein schön gestalteter Platz mit Wasserspielen, die an Geschichte und Gegenwart des Wassers im Stadtbezirk anknüpfen. Die Parkplätze vor dem Bad Berg werden zugunsten des Platzes und ansprechender Fußwegeverbindungen reduziert. Doch für den Bäderbetrieb sind diese trotzdem ausreichend. Sie sind abgeschränkt und somit auch ausschließlich für den Bäderbetrieb zu nutzen. Ein weiterer Beitrag zur Verkehrsreduktion im Stadtteil und ein Vorteil für die Badegäste. Ein gelungener städtebaulicher Entwurf, der aus einem Realisierungs- und einem optionalen Ideenteil besteht. Doch damit er seine volle Wirkung entfalten kann, muss auch der Ideenteil mit Wasserspiel am Schwanenplatz in Richtung Bad Berg mit umgesetzt werden. Nur als Ganzes kann rund um das Neubaugebiet der GWG, den Bäderbetrieben und dem gewachsenen, „alten“ Berg ein wirklicher Mittelpunkt für alle, Besucher*innen wie Bewohner*innen, entstehen. Auch die Nordverlagerung des Verkehrs und damit die Schaffung einer wirklichen Aufenthaltsqualität sind nur mit der Umsetzung von Realisierungs- und Ideenteil möglich.

Petra Rühle



S-WEST

Lang ersehnt: das neue Südufer am Feuersee

Kaum ist die großzügige Freitreppe offen, strömen die Menschen ans Wasser.

■ Seit vielen Jahren gab es Ideen und Überlegungen, wie der Feuersee – ein Kleinod mitten im dicht besiedelten Stuttgarter Westen – attraktiver gestaltet und besser für die Naherholung nutzbar gemacht werden kann. Diese scheiterten aber entweder an der Realisierbarkeit oder der Finanzierung. Und der Denkmalschutz für dieses Ensemble musste besonders berücksichtigt werden. In vielen Gesprächen und Vorortterminen konnte der Konsens gefunden werden, dass das Südufer der geeignete Abschnitt für eine Umgestaltung ist. Das Wasser sollte besser erlebbar und auch für mobilitätseingeschränkte Bürger*innen erreichbar werden. Landschaftsplaner wurden gebeten, für eine erste Bürgerwerkstatt Ideen zu präsentieren. Diese wurden bewertet, woraufhin das Büro g2-Landschaftsarchitekten den Zuschlag für die Weiterplanung erhielt. Der Bezirksbeirat beschloss einstimmig, Mittel der Stadtentwicklungspauschale für dieses Projekt einzusetzen.

Endlich, noch vor der Sommerpause, konnte das neue Südufer eingeweiht werden. Zentrale Gestaltung ist eine großzügige Treppenanlage, die zum Verweilen einlädt, eine Plattform mit Sitzgelegenheiten am Wasser, die auf einer Seite über eine Rampe und von der anderen Seite her durch eine

Treppe zugänglich ist. Dank der finanziellen Unterstützung von Sponsoren der Umgebung konnten noch eine Bodenbeleuchtung der Weiden, Sitzbänke und Holzauflagen für die Treppenanlage gebaut werden.

ALLE SIND BEGEISTERT – JETZT GEHT'S ANS OST- UND WESTUFER! BÜRGER*INNEN SIND ZUM MITMACHEN AUFGERUFEN. | Die Reaktion der Bevölkerung und der Beschäftigten um den See war überwältigend. Kaum waren die Absperrgitter beseitigt, strömten die Menschen an den See und nahmen das neue Ufer in Beschlag. In den zwölf Jahren meiner Tätigkeit erhielt ich noch nie so viele begeisterte Rückmeldungen zu einem Projekt. Jetzt sollen auch noch die Flächen am Ost- und Westufer gerichtet werden. Bereits in diesem Herbst werden wir die Bürger*innen einladen, die Ideen des Planungsbüros zu diskutieren.

Ich möchte mich bei allen Beteiligten, dem Gemeinderat, dem Bezirksbeirat, der Verwaltung, dem Planungsbüro g2, der Baufirma Hertneck, den Sponsoren und natürlich den beteiligten Bürger*innen für ihr Engagement sehr herzlich bedanken. Es hat sich gelohnt.

Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West





BAD CANNSTATT

Stuttgart wurzelt auf der Altenburg

Spuren Stuttgarter Stadtgeschichte sind in Bad Cannstatt ausgegraben worden. Ein spektakulärer Fund: Überreste eines Herzogssitzes, an dem sich vor tausend Jahren Grauenhaftes ereignet hat.

■ Die Entdeckung der Altenburg ist eine Sensation. Sie beweist, die Keimzelle der Landeshauptstadt Stuttgart liegt in Bad Cannstatt. Der Fund eines Mauerzuges dieser Burg aus dem Zeitraum 11. bis 13. Jahrhundert lüftet ein Geheimnis einer in den Geschichtsbüchern weitgehend unbekanntes Epoche. Über die Zeit, in der die Franken in Stuttgart herrschten, wissen wir wenig, da die meisten Gebäude der damaligen Zeit aus Holz errichtet waren. Eine Burg wurde in der Literatur zwar immer wieder vermutet, konnte aber bisher nicht nachgewiesen werden.

ERST DIE RÖMER, DANN DIE FRANKEN | Der Fundort der Altenburg liegt an einer historisch markanten Stelle. An diesem Hotspot am Ende des Neckartals

war bereits im zweiten Jahrhundert das Römerkastell angesiedelt. Mit dem jetzigen Fund kamen erneut Spuren der Römer ans Tageslicht. Die Sensation sind aber die weiteren Funde: Neben den Mauerresten wurden Körpergräber mit Grabbeigaben aus Gold gefunden, welche auf fränkische Herkunft zurückzuführen sind. Vermutlich handelt es sich bei den Begrabenen um Franken, die zu dieser Zeit die Provinz Stuttgart für ihren fränkischen König verwalteten und über die unterdrückten Alemannen herrschten.

Interessant ist die Burg deshalb, weil sie nicht alleine stand. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft gab es, vermutlich unter dem Steigfriedhof gelegen, eine alte Kirche, die bis in das 16. Jahrhundert hinein bestand. Sie war ein Ausgangspunkt vieler weiterer Martinskirchen in der gesamten Region. Somit haben wir mit der Altenburg einen Herzogssitz mit fränkischen Wurzeln gefunden und zugleich die Überreste der ältesten Kirche der Region.

Die Kombination weltlicher und kirchlicher Macht sollte im Mittelalter eine große Rolle spielen. Aus diesem Grund liegt auch nahe, dass das vermutete Blutgericht von Cannstatt, an dem der fränkische König die alemannische Führungsschicht umbringen ließ, an der Altenburg stattfand.

DER FUNDORT WIRD BALD ÜBERBAUT. | Lange erhalten bleibt uns der Fundort jedoch nicht. Wie die Landesdenkmalbehörde berichtete, wird die umfassende Untersuchung zunächst nach dem Abriss des evangelischen Gemeindehauses bis März 2017 fortgesetzt. Bis dahin werden alle Funde, Knochen und Teile der Mauern eingepackt und mitgenommen. Das Kulturdenkmal wird dann aber aufgegeben und das am Fundort geplante private Bauvorhaben wie vorgesehen umgesetzt. Die Mauerreste der Altenburg werden dann dem Fundament der neuen Wohnquartiere weichen.

Ein Erhalt der Mauerreste ist gemäß der Antwort der Stadtverwaltung auf unsere Anfrage nicht sinnvoll, da sie sich in einem desaströsen Zustand befinden. Der Bau des 1927 errichteten Gemeindehauses hat die Reste der Grundmauern der Altenburg wohl zu stark zerstört. Trotzdem sollte der geschichtsträchtige Ort, an dem sich zwischen Römern und Franken über tausend Jahre der Stuttgarter Geschichte abspielten, gewürdigt werden. Zumindest gibt es für den Platz zwischen Steiggemeindehaus und Römerkastell bislang noch keinen Namen. Und auch über einen Ausstellungsort für die Fundstücke sollte nachgedacht werden.

Björn Peterhoff



Fundort mit angrenzendem Wohngebäude.
Foto: Papadopoulos, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart



BAD CANNSTATT

Sport von Frühlings- bis Volksfest

Der erste WasenSportSommer ist beendet und war ein voller Erfolg. So einfach kann man die Pilotphase dieses grünen Projekts auf der Wasenfläche zusammenfassen.

■ Zur Erinnerung: Wir hatten gefordert, auf der oberen Wasenfläche niedrigschwellige Sportangebote für die Zeit zwischen Frühlings- und Volksfest einzurichten. Die Geräte und Plätze sollten ohne Anmeldung oder Gebühr nutzbar sein. Nach jahrelanger Vorbereitung und einem Kampf um Nutzungen wie auch mit widerspenstigen Teilen der Stadtverwaltung und mit Lärmschutzgutachtern fand nun eine Testphase im Sommer 2016 statt.

IN WENIGEN MONATEN MEHR ALS 10.000 SPORTLER! UND NULL VANDALISMUS! | Das Ergebnis begeistert uns: über 10.000 Nutzer, viele positive Rückmeldungen und – Achtung! – keinerlei Vandalismus. Zudem haben viele Schulen die Angebote genutzt. Es hat sich gezeigt: Die Nachfrage nach multifunktionalen Sportflächen ist enorm.

Das Projekt soll nun weitergeführt werden. Allerdings ist die Diskussion darüber entbrannt, ob der Standort der optimale ist oder ob wir vielleicht einen noch besseren finden. Ob das Projekt nun an diesem oder einem anderen Ort weitergeht: Es wäre schön, wenn es nicht bei einer einzigen Fläche bliebe, sondern wenn wir in ein paar Jahren einige multifunktionale Flächen in Bad Cannstatt wie auch in weiteren Stuttgarter Stadtteilen nutzen könnten.

Benjamin Lauber



Das städtische Grundstück Elwertstraße 6 mit provisorischer Kita. Sie muss gesichert werden, da die zukünftige Kita am Standort „Grüne Mitte“ nicht alle Kinder aus Neckarpark und Veielbrunnen und die unversorgten Kinder aus dem Seelberg wird aufnehmen können. Foto: Andrea Münch



BAD CANNSTATT

Zerbröselnde Kulturbauten

■ Die Opersanierung ist in aller Munde, doch nicht nur die Oper hat Sanierungsbedarf. Auch Kultureinrichtungen in Bad Cannstatt – wie Stadtbibliothek, Musikschule, Volkshochschule und Kommunales Kontakttheater – verströmen in Bezug auf Raumausstattung und Ausrüstung den Charme der 1970er Jahre, hingebastelt auf moderne Anforderungen und wegen der starken Nachfrage aus allen Nähten platzend. Bereits im Januar 2016 haben daher die Grünen im Bezirksbeirat Bad Cannstatt per Antrag die Frage nach Raumsituation und -bedarf kultureller Einrichtungen im Stadtbezirk gestellt. Und in der Zukunftswerkstatt Bad Cannstatt wird die Vision eines „Kulturclusters“ diskutiert.

So weit so gut? Mitnichten. Der Antrag der Bezirksbeiratsfraktion schlummerte in der Verwaltung. Die Zukunftswerkstatt konnte mangels Kenntnis brachliegender städtischer Grundstücke ihre Aufmerksamkeit nur auf die ihr bekannten Flächen richten, so z. B. das Parkhaus am Wilhelmsplatz. Für Erstausbau sorgte daher eine Verwaltungsvorlage über die Pläne des Kolping-Bildungswerks, zwei städtische Grundstücke in der Elwertstraße entwickeln zu wollen und vorbereitend dazu ein Planungsgutachten durchzuführen. Die dafür in den Blick genommenen Grundstücke befinden sich in zentraler Lage, gut angeschlossen an den ÖPNV und in unmittelbarer Nachbarschaft von Jugendhaus Bad Cannstatt, Skaterhalle, Haus der Familie, Jugendherberge und Bahnhof.

Im Planungsgutachten war ein Realisierungsteil vorgesehen, um das Grundstück Elwertstraße 8 (Stufe 1 für eine sofortige Bebauung) zu beplanen – dort für die Nutzungen Wohnen/Büro und Schule. Im Ideenteil (Stufen 2 und 3 für eine stufenweise mittelfristige Bebauung) soll das Grundstück Elwertstraße 6 beplant werden – dort für die Nutzungen Wohnen/Büro und ggf. eine Kita. Auf diesem Grundstück befindet sich auch derzeit eine Kita, provisorisch erbaut für Kinder aus dem Seelberg und dem Neckarpark.

PRIVATE PROJEKTENTWICKLUNGEN GUT UND SCHÖN, ABER: BEDARF VON STADT UND GEMEINWOHL GEHT VOR! | Städtische Grundstücke in zentraler Lage sind ein Schatz, mit dem sorgsam umzugehen ist! Unseres Erachtens muss daher zumindest beim Grundstück Elwertstraße 6 geprüft und beraten werden, ob es nicht offene kulturelle und bildungsbezogene Bedarfe der Stadt oder des Gemeinwohls gibt, bevor das Grundstück aus der Hand gegeben wird. Wir haben daher beantragt, dass uns die Verwaltung mitteilt, wie sie mit den Bedarfen von Musikschule, VHS, Stadtbibliothek, Kommunalem Kontakttheater, Montagskino, KiTa und ggf. weiteren Einrichtungen a) planerisch umgeht und b) welchen Raumbedarf diese Einrichtungen gegenwärtig und zukünftig haben. Bis zur Beantwortung der Fragen wird das Verfahren angehalten.

Andrea Münch

P.S.: Als Nebenprodukt unseres Antrags im Gemeinderat wurde jetzt der Antrag der Bezirksbeiratsfraktion beantwortet.

Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser Grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen.

Eine Auswahl.

■ Heftige Unwetter mit Starkregen werden als eine der Folgen des Klimawandels in Zukunft immer häufiger auftreten, weil sich bei höheren Temperaturen größere Wassermassen in der Atmosphäre sammeln und diese sich zunehmend eher in Extremwetterereignissen niederschlagen. Niederschläge extrem: Davon blieb die Landeshauptstadt in diesem Jahr bisher verschont. Dennoch muss sich Stuttgart auf häufigere Starkregenereignisse einstellen. *Björn Peterhoff* regt an, den Alarm- und Einsatzplan der Stadt im Falle **URBANER STURZFLUTEN** im Ausschuss für Umwelt und Technik vorzustellen.

Für Grundschulkindern gibt es umfangreiche Kurse zur Verkehrserziehung. Auf dem Gelände der Jugendverkehrsschule wird das Fahrradfahren geübt, die Grundschulen führen die theoretische Prüfung durch. Dann sind die Kinder im Besitz des Fahrradführerscheins; sie kennen die Verkehrsregeln und können sich im Straßenverkehr bewegen. Ganz anders sieht die Sache bei Geflüchteten aus, denn ihnen sind die hiesigen Verkehrsregeln wie auch die Verkehrszeichen oft unbekannt. Ein **FAHRRAD-TRAINING FÜR GEFLÜCHTETE JEDEN ALTERS** könnte diese auf die Teilnahme im Straßenverkehr vorbereiten. *Silvia Fischer* schlägt vor, dass die Stadt zusammen mit dem Polizeipräsidium Stuttgart und der Verkehrswacht ein Konzept für die Schulung von in den Flüchtlingskreisen aktiven Ehrenamtlichen erarbeitet, die dann ihrerseits interessierte Geflüchtete durch Fahrradtrainings auf die Teilnahme am Straßenverkehr vorbereiten können.

Benjamin Lauber begrüßt, dass die Stadtverwaltung umfangreiche Ideen im Bereich der Bewegungsförderung von Kindern vorstellt. Unter anderem plant die Stadt, **INSELN FÜR BEWEGUNG** im öffentlichen Raum und vor allem auf von Kindern häufig genutzten Fußwegeverbindungen (Schul- und Kindergartenwege) zu installieren. Eine ähnliche Idee haben wir mit unserem Antrag „Sicher und aktiv auf Schulwegen“ im Jahr 2013 vorgebracht. Damals wurde jedoch mitgeteilt, dass eine solche Idee in dieser Form im öffentlichen Raum nicht zu verwirklichen sei. Schön, dass die Verwaltung diese Idee nun wieder zum Leben erweckt und inzwischen doch eine Möglichkeit gefunden hat, solche Bewegungsangebote umzusetzen.

Die von uns schon mindestens seit der Schlichtung zu Stuttgart 21 angeprangerte **GEFÄHRLICHE BAHNSTEIGNEIGUNG DES TIEFBAHNHOFES VON STUTTGART 21** hat es nun immerhin in die ZDF-Sendung Frontal 21 geschafft. Die Bahn behauptet, dass mit einer Querneigung zur Bahnsteigmitte hin der Bahnsteig so sicher gemacht werden könne wie ein ebener Bahnsteig. Frontal 21 hat im Bahnhof Ingolstadt und in der S-Bahn-Station Stuttgart-Feuersee – beide mit ähnlichem Gefälle und Querneigung wie der geplante Tiefbahnhof von Stuttgart 21 – Praxistests mit Kinderwagen unternommen. In einigen Fällen wäre der Kinderwagen dabei tatsächlich auf die Schienen gerollt. Das zuständige Eisenbahn Bundesamt will allerdings erst im Rahmen der Inbetriebnahme das Sicherheitskonzept des Bauherrn prüfen – also wenn alles schon fix und fertig gebaut ist. *Clarissa Seitz* hält diese Vorgehensweise der Bundesbehörde für unverantwortlich und beantragt, eine Stellungnahme des Amtes einzufordern.

Grünflächen in der Stadt sind unverzichtbare Lebens- und Erholungsräume. Ihre Bedeutung wächst, weil sie der Erwärmung und Überhitzung der Innenstädte entgegenwirken. Sie sichern Wasser- und Stoffkreisläufe und bieten zahlreichen Tier- und Pflanzenarten Lebensräume; vor allem, wenn sie ökologisch geplant und bewirtschaftet werden. Naturnah gepflegte Grünflächen erhöhen die Lebensqualität, schaffen ein gesundes Umfeld und zahlen sich langfristig sogar finanziell aus. *Anna Deparnay-Grunenberg* regt an, dass sich die Stadt um die Teilnahme an dem **PROJEKT „STADTGRÜN – ARTENREICH UND VIELFÄLTIG“** des Bundesumweltministeriums bewirbt. Mit diesem Projekt will man herausfinden, wie Städte und Gemeinden ein Grünflächenmanagement aufbauen können, das Artenreichtum und Vielfalt fördert.

Passend zur Fußball-Europameisterschaft hat *Benjamin Lauber* darauf hingewiesen, dass die Stadt Stuttgart mit fair gehandelten Bällen ein weiteres Mal unterstreichen könnte, welchen Wert sie dem Fairen Handel zumisst. Und sie könnte bei Schülerinnen und Schülern ein Bewusstsein dafür schaffen, dass mancherorts Kinder ausgebeutet werden, um zum Beispiel Fußball zu produzieren. Fair gehandelte Bälle mit Fairtrade-Siegel garantieren, dass die Hersteller fair bezahlt werden und keine Bälle in ausbeuterischer Kinderarbeit gefertigt werden. Schülerinnen und Schüler an Schulen in städtischer Trägerschaft sollen nur noch **FAIR SPIELEN** – mit fair gehandelten Bällen.

Sportpolitik ist schlicht Politik für mehr Bewegung. *Benjamin Lauber* sieht in der Gestaltung des öffentlichen Raums eine große Chance für mehr Bewegung in der Stadt. Gute und bequeme Fußwegebeziehungen, schnelle Fahrradverbindungen und niederschwellige Bewegungsangebote im öffentlichen Raum bewegen Menschen. Deswegen hat der Gemeinderat auf grünen Antrag hin das **PROGRAMM „BEWEGTE PLÄTZE“** beschlossen, das zwei Plätze in der Stadt mit Bewegungsangeboten ausstattet. Das neue Südufer des umgestalteten Feuersees, ein neuer Anziehungspunkt mitten im dicht besiedelten Stuttgarter Westen, könnte durch „Bewegte Plätze“ auf der Ost- und Südseite des Sees sinnvoll ergänzt werden.

Seit Jahren wachsen die Fahrgastzahlen im VVS kontinuierlich – vor allem zur morgendlichen Spitzenstunde wird auf manchen Linien die Kapazitätsgrenze erreicht. Die jüngst beschlossenen Kapazitätserweiterungen und die mittel- und langfristigen Ausbaustrategien der SSB werden die schlimmsten Engpässe zu beseitigen versuchen. Aber auch Verlagerungen des Fahrgastaufkommens können die Pendlerströme entzerren. *Jochen Stopper* weist darauf hin, dass es aktuell noch an geeigneten Maßnahmen und Anreizen fehlt, das Fahrgastaufkommen insbesondere im Berufsverkehr besser zu verteilen. Er regt ein **9-UHR-FIRMENTICKET** an. VVS und SSB hat er um eine erste Einschätzung dazu gebeten.

Diesen Sommer hat es in Stuttgart-Wangen innerhalb weniger Wochen sieben Fälle von durch Hunde gerissene Rehe gegeben. Ähnliche Bilder und Berichte kamen letzten Winter auch aus Uhlbach und Rotenberg. Hier wie dort schwinden die Rückzugsgebiete der Rehe. Die Flucht verwehren ihnen Hecken und Zäune, die in den Landschaftsschutzgebieten verboten sind und zunehmend illegal errichtet werden. Die scheuen Tiere geraten in Panik, verfangen sich und fallen dann den Hunden zum Opfer. Um **REHE ZU SCHÜTZEN**, sieht *Vittorio Lazaridis* auch die Stadt in der Pflicht. Zum Beispiel indem sie auf die Einhaltung von Vorschriften besteht und in den Schutzgebieten gegen die illegal errichteten Zäune und Hecken tätig wird. Oder indem der städtische Vollzugsdienst während kritischer Zeiten verstärkt kontrolliert.

Silvia Fischer setzt sich dafür ein, dass die **ÖKOLOGISCHE WEITERENTWICKLUNG DES STÄDTISCHEN WEINGUTS** engagierter vorangebracht wird. Sie hat den neuen Leiter gebeten, seine Vorstellung über die künftige Gesamtausrichtung des städtischen Weinguts besonders im Hinblick auf eine ökologische Weiterentwicklung darzustellen. Zwar wurde auch in den Mauerterrassen in der Mönchhalde und im Hasenberg im vergangenen Jahr damit begonnen, durch einen dreimaligen Blumenwiesenschnitt auf chemische Unkrautbekämpfungsmittel zu verzichten. Dennoch soll die ökologische Weiterentwicklung deutlicher werden.

DAS STADT BLATT

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen. Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.

Der Schlüssel für gelingende Integration ist der Spracherwerb. Die Zahl der Sprach- und Integrationskurse in der Stadt ist dementsprechend stark gestiegen. Im Mai hatte das Bundesinnenministerium Alarm geschlagen, weil zahlreiche Sprachlehrer*innen wegen zu schlechter Bezahlung ihre Jobs nicht antraten. Auch in Stuttgart blieben wegen der unzureichenden Bezahlung etliche Stellen unbesetzt. Inzwischen wurde vom BAMF die (Mindest-)Vergütung für die selbstständig beschäftigten Lehrkräfte angehoben. Da davon auszugehen ist, dass sich Sprachlehrer*innen nun verstärkt auf die vom BAMF angebotenen Kurse bewerben, beantragt *Andreas G. Winter*, die **VERGÜTUNG DER SPRACHLEHRER*INNEN DER STADT** an die höheren BAMF-Sätze anzupassen.

Das **GEMEINSAME WOHNEN VON STUDIERENDEN UND JUNGEN FLÜCHTLINGEN** kann sich *Andreas G. Winter* zum Beispiel am Bürgerhospital gut vorstellen. Auf grünen Antrag hin wurde im Jugendhilfeausschusses das bereits mehrfach ausgezeichnete Integrationsprojekt Kistlerhofstraße 144 in München vorgestellt. In dem überzeugenden Projekt erhalten junge Flüchtlinge Unterstützung in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung. Neben der professionellen Betreuung durch Sozialarbeiter*innen soll besonders der gemeinsame Alltag mit den ebenfalls im Wohnobjekt Kistlerhoferstraße lebenden Studierenden Sicherheit im Alltag und eine gute Integration bzw. Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Clarissa Seitz sieht viele **OFFENE FRAGEN ZUM S-BAHN-NOTFALLKONZEPT**. Eine störungsfreie und funktionsfähige S-Bahn ist für Stuttgart das Rückgrat eines leistungsfähigen und verlässlichen ÖPNV. Bei Störungen im Stammstreckentunnel der S-Bahn wird immer wieder deutlich, wie wichtig eine Umfahrungsmöglichkeit für die S-Bahnen aus dem Norden der Region, aber auch aus dem Raum Bad Cannstatt nach Stuttgart-Vaihingen ist. Heute bildet die Panoramastrecke eine Alternativroute. Bisher wenig bekannt ist aber, dass die Panoramabahn wegen dem Bau des Tiefbahnhofs mindestens drei Jahre lang nicht zur Verfügung steht und es daher kein Notfallkonzept für Störungen im Stammstreckentunnel gibt.

Upcycling ist ein starker und immer stärker werdender Trend. Upcycling rettet alte, gebrauchte und kaputte Gegenstände vor der Mülldeponie. Durch kreative Ideen und liebevolle Handarbeit entstehen dabei oft einzigartige Stücke. Das Wiederverwerten nützt auch der Umwelt: weniger Müll, sinnvolle Ressourcenrückführung. Dieser Trend führt unter anderem zu immer mehr Repair-Cafés und -Initiativen. In Stuttgart wird diesem Trend zu wenig Rechnung getragen. *Gabriele Munk* will daher **MIT „OFFENEM SPERRMÜLL“ UPCYCLING UNTERSTÜTZEN** und möchte sich aufzeigen lassen, welche Erfahrungen die Städte München, Hamburg und Tübingen mit ihren unterschiedlichen Konzepten gemacht haben.

In einem gemeinsamen Antrag thematisieren die Fraktionen von Grünen und SPD die **ENTWICKLUNG ELWERTSTRASSE 6 UND 8, BAD CANNSTATT**. Ein Investor will die Grundstücke erwerben und in Vorbereitung ein Planungsgutachten durchführen. Die zu entwickelnden Grundstücke sind in städtischem Eigentum und befinden sich in zentraler Lage Bad Cannstatts, gut angeschlossen an den ÖPNV und in unmittelbarer Nachbarschaft von Jugendhaus, Skaterhalle, des Hauses der Familie, der Jugendherberge und des Bahnhofs. Beim Grundstück Elwertstraße 6 soll geprüft und beraten werden, ob nicht weitere kulturelle und bildungsbezogene Bedarfe der Stadt oder des Gemeinwohls bestehen, bevor das Grundstück beplant und aus der Hand gegeben wird.

Der **SONDERZUSCHUSS FÜR DIE TRÄGER DER FLÜCHTLINGSHILFE** soll wegen des mittlerweile erhöhten Betreuungsbedarfs für eine Verbesserung der Betreuungssituation in der Anschlussunterbringung verwendet werden, empfiehlt *Jochen Stopper*. Die Maßnahmen, mit denen Neuankömmlinge mittels niedrighschwelliger Angebote in Arbeitsgelegenheiten an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen, sind zwar gut, bringen aber auch Mehrarbeit in der Betreuung mit sich. Auch die rechtlichen Änderungen in den maßgebenden Integrations- und Asylgesetzen führen zu Mehrarbeit. Den Sonderzuschuss – er beträgt 2016 und 2017 jeweils 200.000 Euro – hatten die Fraktionen von Grünen und CDU bei den letzten Haushaltsberatungen beschlossen.

[Antwort gern auch via E-Mail an: gruene.fraktion@stuttgart.de, oder per Fax an: 0711 216-60725]

Ja bitte,
senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an
diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

An
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart
Rathaus, Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:



Foto: Redaktion



S-OST

■ BUS UND U-BAHN STAUEN SICH IN DER HACKSTRASSE

Der Stuttgarter Osten ist häufig genug abgehängt, zumindest was Bus und Bahn angeht. Steht man nicht mit den Buslinien 40 und 42 im Stau, dann oft mit den U-Bahn-Linien U 4 und U 9. Hier hat die Verwaltung auf unseren Antrag hin zugesagt, dass im Abschnitt zwischen Hackstraße 3 und 11 dauerhaft keine Parkplätze mehr eingerichtet werden, sodass künftig zumindest im unteren Teil der Hackstraße Schiene und Straße getrennt werden. Damit nicht auch noch die U-Bahn im Stau stecken bleibt, sondern daran vorbeifahren kann.

Die Stadt Stuttgart soll **MOTORISIERTE SELBSTDARSTELLER AUSBREMSEN** und die Innenstadt für Anwohner*innen und Flaneure attraktiver machen, fordert *Jochen Stopper*. Dem Beispiel Mannheim folgend, soll ein Aktionsplan nächtliche „Auto-Poser“ in den Fokus nehmen. Einige wenige Autofahrer mit aufgemozten Fahrzeugen, Klappenauspuff und Active-Sound-Boost-Anlagen terrorisieren insbesondere nachts durch ohrenbetäubende Poser-Fahrten in der Innenstadt die dortigen Bewohner*innen und Besucher*innen. In Mannheim hat die Polizei angesichts einer ähnlichen Problemlage in diesem Sommer mit großem Erfolg einen Aktionsplan umgesetzt und binnen weniger Tage 25 Fahrzeuge ohne gültige Betriebserlaubnis für die jeweiligen lautstarken Umrüstungen aus dem Verkehr gezogen. Dabei wurden Fahrzeuge sichergestellt, die eine Lärmentwicklung von bis zu 138 Dezibel aufwiesen.

Besonders in den dicht bebauten Stadtbezirken der Innenstadt gibt es immer wieder **ÄRGER MIT ALTGLASCONTAINERN**.

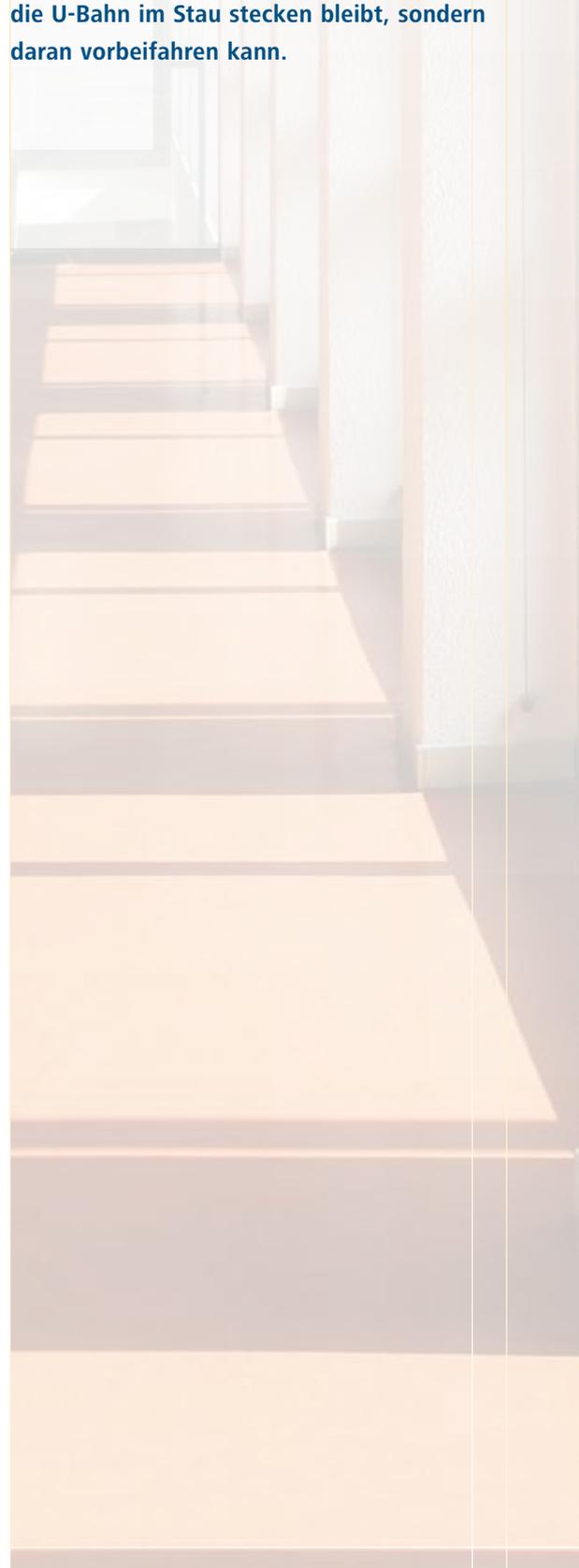
Auf einen Antrag aus dem Jahr 2015 hin wurde uns mitgeteilt, dass auf Standorten, die weniger als 12 Meter von der nächsten Wohnbebauung entfernt sind, besonders lärmgedämmte Container aufgestellt werden müssen. Jedoch scheint hier die Zuverlässigkeit der Betreiberfirma nicht immer gegeben. So waren im Stuttgarter Westen an keinem einzigen Standort schallgedämmte Altglascontainer aufgestellt, obwohl der Betreiber dazu an acht Stand-

orten vertraglich verpflichtet war. *Gabriele Munk* will daher vor einer neuen Vergabe des Erfassungssystems Altglas die bisherigen Erfahrungen auswerten und die Ausschreibungsbedingungen entsprechend ändern lassen.

Stadtrat und Lehrer *Benjamin Lauber* thematisiert den **LÄRM IM KLASSENZIMMER**. Im Allgemeinen wird die Verantwortung für eine ruhige Arbeitsatmosphäre den Lehrer*innen zugeschrieben. Und natürlich ist eine gute Klassenführung auch Grundlage für eine Minimierung des Stör-lärms im Unterricht. In letzter Zeit hat sich aber immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch die akustische Gestaltung der Klassenzimmer in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle spielt. Wenn die Stadt Stuttgart in diesen Jahren sehr viel Geld in die Hand nimmt, um ihre Schulen zu sanieren und zu modernisieren, sollte deshalb auch auf eine gute Akustik in den Klassenzimmern Wert gelegt werden.

Martin Steeb

Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: www.lust-auf-stadt.de/antraege



Alternative: Blutbad

■ **MÄNNER!** | Diese Vertreter – die weibliche Form erübrigt sich – der AfD (nach eigenem Dünkel „Alternative für Deutschland“). Sie in den Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen zu ertragen, fällt schwer. Auf Biegen und Brechen versucht diese Truppe – durch den wegen finanzieller Untreue für die FDP nicht mehr tragbaren Bernd Klingler zur Fraktion erhoben – immer wieder, aber wirklich auch *jedes* Thema auf die Flüchtlingsdebatte zu lenken. Und spielt dann immer wieder dieses unerträgliche Gedudel ab, das wir in letzter Zeit nun wahrlich zu häufig gehört haben. Gepaart mit der Unkenntnis, welche bei vielen Themen doch vorhanden ist, kommt es ungewollt immer wieder zu kuriosen Wortbeiträgen. Etwa im Umwelt- und Technikausschuss am 20.9.2016 beim Tagesordnungspunkt über die Entdeckung der Altenburg in Bad Cannstatt.

Das Regierungspräsidium berichtete von dem sensationellen Fund der Burg aus der Frankenzeit, von den Grabstätten und wertvollen Grabbeigaben aus Gold. Dabei

fand Erwähnung, dass die Franken in der Zeit der Altenburg nach Stuttgart eingewandert sind. Hier sieht Stadtrat Brett von eben der AfD seine Chance, lenkt das Thema einmal mehr auf die heutigen Flüchtlingsströme und merkt an, dass die Flüchtlinge damals wenigstens mit Schmuck und Wertgegenständen kamen – ganz im Gegensatz zu jenen, die heute arm in Stuttgart anlanden.

KURIOSE UNKENNTNIS, EIN UNERTRÄGLICH BRETT! | Die wahre Geschichte der Franken, also der vermeintlich „guten Flüchtlinge“, war ihm offensichtlich nicht geläufig. Ein Blick ins Geschichtsbuch hätte geholfen. Die Franken waren keineswegs die netten Neuankömmlinge, im Gegenteil: Sie waren verantwortlich für das größte Blutbad in der Geschichte Stuttgarts, das als „Cannstatter Blutgericht“ in die Geschichtsschreibung eingegangen ist. Ihnen zufolge lud Karlmann, der Hausmeier der Franken, zu einem Gastmahl im Anschluss an einen Gerichtstermin ein. Nach Festschmaus und Feier setzte Karlmann die eingeladenen Alemannen fest und ließ sie hinhängen. Bei dieser schändlichen Tat sollen einigen Quellen zufolge an die tausend Alemannen ihr Leben gelassen haben. Feine Gäste, was, Männer der AfD?

Björn Peterhoff

Cannstatter Blutgericht (746 n. Chr.). Der Ort dieses Massakers könnte vor der nun entdeckten Altenburg gelegen haben. Ausschnitt aus einem Gemälde von August Weckesser: Gertrud von Wart für ihren Mann um Gnade flehend, 1878.



DAS STADTBLATT | NOVEMBER 2016 | IMPRESSUM

Herausgeber*innen: Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas G. Winter

Titelfoto: Redaktion

Redaktion: Petra Rühle und Andreas G. Winter (verantwortlich), Martin Steeb, Florian Pitschel
Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
 Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727
 Telefax 0711 216-60725

Geschäftsstelle:

Rebecca Benez, Thomas Dengler, Florian Pitschel, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:

gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: UWS, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier

DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:

www.lust-auf-stadt.de

